

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 143 SONNTAG, 8. März 1936

Aus dem Inhalt:

Schacht gegen Hitler
Das Rätsel van der Lubbe
Die braune Betriebswanze
Robespierre im Dritten Reich

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Unruhe im westdeutschen Industriegebiet

Wachsende Unsicherheit bei den Behörden. — Brutaler Gestapoterror. — Die Stimmung der Bevölkerung im Rüstungszentrum

Einem Bericht der illegalen Sozialdemokraten und Gewerkschafter des Bezirkes Ruhrgebiet-Westfalen vom 26. Februar entnehmen wir:

... Je lauter und aufdringlicher die Nazi-propaganda durch Presse, Radio und Reden die sozialen und moralischen Erfolge Hitlerdeutschlands preisen, desto erbärmlicher ist der wirkliche Zustand.

Der starke Mangel an wichtigen Lebensmitteln im November und Dezember blieb bis weit in die Reihen des wirtschaftlich »besseren« Bürgertums nicht ohne Wirkung. In den Wirtschaftskreisen machte sich eine Unruhe bemerkbar, die abgesehen von rein politischen Überlegungen, die Öffentlichkeit außerhalb der politischen Arbeiterschaft erregte. Die Geschäftswelt entschuldigte sich entweder bei der unbefriedigten Käuferschaft mit mehr und weniger vorsichtigen Hinweisen auf die vernichtende Wirtschaftspolitik der Nazi-Regierung oder erklärte grob, man solle sich doch an verantwortlicher Stelle über die unhaltbaren Zustände beschweren.

Ganz ernsthafte Menschen im intellektuellen Bürgertum gaben in laufenden Diskussionen ihre große Sorge um die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands kund.

Dennoch kann sich der Staat auch die drückendsten Maßnahmen noch immer erlauben, da er einmal die volle Macht hat und das politisch ungebildete Bürgertum noch immer in Furcht vor dem »Bolschewismus« lebt. Es gibt auch Stimmen im Bürgertum, die sagen: »Hitler hat ja auch eine furchtbare Erbschaft übernommen. Trotzdem hat er die Arbeitslosigkeit beseitigt und die Armee wieder aufgebaut. Ohne Hitler wären wir alle im Bolschewismus untergegangen.« Diese Teile im Bürgertum sind parteipolitisch völlig indifferent.

Das intelligentere Bürgertum, man darf es trotz seiner bunten Gruppierungen nicht unterschätzen, ist antinationalsozialistisch. Sehr stark herrscht in diesen Kreisen auch eine antihitlerische Stimmung. Hier wächst bemerkbar eine politische Haltung.

In diesen Kreisen besteht auch beste Sympathie für Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Es handelt sich um Handwerksmeister, Gewerbetreibende, Werkmeister, Beamte und Angestellte in Verwaltung und Industrie, Lehrer, Aerzte, Rechtsanwälte, Wissenschaftler und Künstler. Früher haben viele Personen aus diesen Schichten in den Kommunen und in amtlichen und halbamtlichen Einrichtungen sozialer und kultureller Art Funktionen ausgeübt. Sie waren in der ersten Zeit des Dritten Reichs erst einmal froh, daß sie keine Verantwortung mehr tragen und keine »listige« ehrenamtliche Tätigkeit mehr ausüben brauchten oder sie hatten sich aus Existenzgründen gleichgeschaltet und müssen bis jetzt die verheerende Tätigkeit der neuen Herren mit ansehen. Aus ihrer früheren Tätigkeit haben aber auch diese Menschen ein gewisses Urteil über öffentliche Tätigkeit und sind über die nationalsozialistische Praxis verblüht.

Außerdem gehörten diese Bürgerlichen den verschiedensten kulturellen, wissenschaftlichen, sozialen und Berufsvereinigungen an, die entweder völlig beseitigt sind oder so gleichgeschaltet wurden, daß sie ihrem Zweck nicht mehr gerecht werden können. Selbst die rein gesellschaftlichen Vereinigungen sind den Bedürfnissen des Dritten Reichs unterworfen.

Dazu kommen Kirchenkampf und Judenverfolgungen. Es gibt wieder ein »gebildetes« Bürgertum, das den Religions- und Rassenkampf aus moralischen, humanen und liberalen »Prinzipien« ablehnt. Im katholischen und protestantischen Westfalen ist im Bürgertum die Ablehnung der Kirchen- und Judenpolitik der Nazis gleich stark. Sie äußert sich bei den Katholiken durch die härtere Verfolgung mehr.

Die Nazis gewinnen diesen Kampf auch nicht. Das geistige Band und die große Tradition sind so stark, daß der Staat vor diesen Leuten nur Ruhe bekommt, wenn er große Konzessionen macht. Dabei hoffen diese Kreise immer noch, daß die wachsende militärische Macht künftig ihr Bundesgenosse wird. Die mutige Rede des Bischofs von Münster in Xanten hat überall große Genugtuung ausgelöst.

Durch die Massenverhaftungen von Katholiken, die zum Teil durch Sonderkommandos aus Berlin durchgeführt werden, entsteht wohl im ersten Augenblick lähmender Schrecken, aber die Reaktion zeigt sich stets gleich darnach in noch festerem Zusammenhalt der Katholiken und durch Massenbesuch der kirchlichen Dienste.

Verblüht sind die Katholiken, daß man ihnen gemeinsame Sache mit den Kommunisten vorwirft. Es werden einfach frühere Kommunisten und in den Gemeinden von früher bekannte Sozialdemokraten mitverhaftet und als »Bolschewisten« bezeichnet. Tatsächlich gibt es keine katholische Organisation, auch keine illegale, die mit Kommunisten gemeinsame Sache macht. Zu Sozialdemokraten besteht hier und da ein freundschaftliches Verhältnis, und bei den katholischen Arbeitern die feste Meinung, daß es in Zukunft keine Spaltung zwischen christlichen und freien Gewerkschaften geben darf. Außerdem verbietet das Wesen illegaler Arbeit eine gemeinsame organisatorische Aktion. Das wissen Regierung und Gestapo sehr gut, behaupten aber das Gegenteil allein aus dem Grunde, weiter mit der Bolschewisten-Gefahr operieren zu können.

Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, selbst in verschiedenen Rüstungsbetrieben, mit der fortschreitenden Isolierung Deutschlands in der Welt, mit der hastigen Militarisierung im Westen, auch in der entmilitarisierten Zone, wächst im gleichen Tempo die allgemeine Opposition der westdeutschen Bevölkerung, besonders im Ruhrgebiet und im industriellen Westfalen bis weit in das Münsterland.

Die Staats- und Parteinstanzen greifen zu den brutalsten und verzweifeltsten Mitteln, den allgemeinen Abbruch der Stimmung aufzuhalten.

Es ist für das System natürlich eine besonders peinliche Angelegenheit, daß in ihrem Rüstungszentrum, in der politisch und militärisch so außerordentlich wichtigen Industriezone Deutschlands alle Opponenten aufeinander treffen. Hier war die Festung des Zentrums, dessen Parteivolk heute fester denn je durch die Kirche zusammengehalten wird; hier sind die Millionenwähler der Kommunisten gewesen, die zu großen Teilen erst den Nazis zuliefen und jetzt wieder in Massen Opponenten des Nazismus sind; hier ist das eigensinnige westfälische Bürgertum, das den Parlamentarismus verwünscht hat voller Wut gegen die Despotie der Naziemporkömmlinge; hier stehen aber auch die freien

Gewerkschafter und Sozialdemokraten unerschüttert zu ihrer Überzeugung.

Alle fühlen, daß das System nicht nur wirtschaftlich, sondern auch außenpolitisch in die gefährlichsten Konflikte kommen muß und dieses Gebiet und seine Bevölkerung dann der Amboß sein wird, auf dem alle Schläge niedersausen. Hier gibt es keine Stimmung für einen Krieg, für Kolonien und großspurige Reden aufgeblasener Halbtarker gegen das Ausland. In unserem Gebiet weiß man, daß jetzt schon Knappheit an allen ausländischen und wichtigen Rohstoffen besteht. Wir fühlen den Mangel täglich in der Textilindustrie, selbst in der Rüstungsindustrie. Handel und Gewerbe fristen ein klägliches Dasein und ironisieren statistische Angaben der Herren von oben, daß sich die Umsätze in wichtigen Bedarfsartikeln erhöht hätten. Dazu sind die Abgaben aller Art unerhört hoch.

Die Arbeiterschaft lebt schon seit 1934 und erst recht ab 1935 wie in den schlechtesten Kriegsjahren. Ihr imponieren die Phrasen von »Ehre« und »nationaler Freiheit«, »Schönheit der Arbeit« und »Kraft durch Freude« nicht im Geringsten. Mit den Bürgerlichen haben auch die Arbeiterkreise eine große Furcht vor einem neuen Kriege, der die Bevölkerung unseres ganzen Gebiets geopfert werden müßte. Darum glaubt noch jeder, daß sich die Mächte in der Welt aufrufen werden, daß sie es nicht erst zu dem großen Kladderadatsch kommen lassen, der in größerem Umfang vernichten müßte, was überall nach 1918 aufgebaut wurde. Gibt die Welt dem deutschen Volke keine Chance, sich von dem verbrecherischen System befreien zu können, hilft die Welt nicht, das System vor dem großen Unwetter in die Knie zu zwingen, kann werden in ganz Europa die Folgen furchtbar werden.

Das deutsche Volk hat seine Art, seinen Kampf gegen die Barbarei des Hitlerfaschismus zu führen. Es lebt nicht, in so harter Not vom illegalen Kampf Reklame zu machen. Die Opposition sammelt sich vorsichtig aber entschlossen in vielen Lagern. Trotz aller Vorsicht sind die Opfer unermesslich, wären sie der Welt in ihrem Umfang und in ihrem heroischen Katakombengeist bekannt, die Welt würde vor Achtung weinen.

Schon seit Wochen greifen die Menschenfänger in allen Orten des Westens in die Reihen der Aufrechten und auch im Hitlerfaschismus Freien. Unerhörte Folterungen sind an der Tagesordnung. Frauen und Männer werden sadistisch mißhandelt. Wir können nicht einmal die Einzelfälle nennen, weil wir fürchten müssen, daß dann neue Totgeschlagene sich in ihrer Zelle verbängte haben.

Die wahllosen Verhaftungen erfolgen vielfach aus dem Grunde, weil die Leiter der Aktionen Beute melden wollen. Uns liegen Mitteilungen vor, die Verhaftungen seit Jahren völlig gleichgeschalteter Personen melden.

Auch aus den geschilderten Gründen wird das System die Militarisierung der entmilitarisierten Zone durchzuführen, damit auch hier bei Unruhen die Vollzugsgewalt auf das Militär übergehen kann. Die Bevölkerung fürchtet das Militär nicht, weil man glaubt, daß es so grausam wie die Gestapo und SS nicht sein könne. Die Nazis fürchten aber auch eine innerpolitische harte Abrechnung und glauben unter Militärbedeckung besser durchkommen zu können. In verschiedenen Orten sind jetzt schon Eltern

von wüsten Nazischlägern gekommen und haben Sozialdemokraten ihre Dienste angeboten, wenn sie später dafür sorgen wollen, daß ihr Sohn, »der ja auch nur Befehlen nachkommen mußte«, nicht zu leiden brauche.

Die ausgestreckte Freundeshand

Hitler streckt den Franzosen wieder einmal die Friedenshand entgegen. Er hat nicht die übrigen Kanäle benutzt, sondern spricht durch die Zeitung eines bekannten deutschfreundlichen Franzosen gleich zum französischen Volke — so wie er und Göbbels durch die gleichgeschaltete Presse zum deutschen Volke reden. Wir halten uns bei den Einzelheiten nicht lange auf. Die Lüge, daß das Buch »Mein Kampf« zur Zeit der Ruhrbesetzung entstanden sei, ist oft genug aufgedeckt worden, und die Deklamation, daß er die Korrektur seines Buches in das große Buch der Geschichte eintragen werde, ist mehr als auslegungsfähig. Läuft die Geschichte nach seinen geheimen Plänen, dann wird diese Korrektur ganz anders aussehen, als seine Worte heute zu meinen scheinen.

Man hat im Ausland, auch namentlich in England, die außergewöhnliche Herzlichkeit und Wärme seiner Worte zu bedenken gegeben. Die Friedenshoffnungen finden immer noch einen letzten Strohhalm, um sich daran zu klammern. Was von Hitlers Friedensbeteuerungen im allgemeinen zu halten ist, hat man in der Welt allmählich begriffen. Aber vielleicht — so hofft man — sagt er wunderbarer Weise diesmal doch die Wahrheit? Er hat so warm geredet, daß es ihm in diesem speziellen Falle vielleicht doch von Herzen kommt? Das gute Herz und die unbestreitbare Friedensliebe dieser Hoffenden ist immerhin anerkennenswert, aber wehe der Welt, wenn der Friede auf das Wort, die Aufrichtigkeit, oder gar den Tonfall von Hitler gegründet werden sollte.

Der Ton allein macht's nicht. Auch Flandin hat in der französischen Kammer sehr warme Töne gesprochen:

»Unser glühender Wunsch ist es, eine große Nation, die der Kultur unbestreitbare und unbestrittene Dienste geleistet hat, ihren Platz in Genf wieder einnehmen zu sehen, auf dem Grund einer absoluten Gleichberechtigung, um mitzuarbeiten an der Wiederherstellung einer Welt, aus der die Arbeitslosigkeit, das Elend und der Krieg durch die Eintracht aller Nationen verbannt ist.«

Darin liegt der ganze Unterschied. Flandin spricht von der Rückkehr Deutschlands zum System der kollektiven Sicherheit, für Hitler ist die deutsch-französische Verständigung eine Kriegsliste im Kampfe gegen den Völkerbund für die europäische Anarchie, in der der Stärkste und Gewissenloseste Herr ist. Das wichtigste an jenem Hitlerinterview über die deutsch-französische Verständigung ist das, worüber er nicht gesprochen hat. Wenn er stürmisch Frankreich seine Freundschaft anträgt, denkt er an den Osten und Südosten Europas, von dem er Frankreich isolieren will, an sein Programm der »Lokalisierung« europäischer Konflikte, das heißt an die Isolierung des Angegriffenen. Diese Politik ist überschrieben: teile und herrsche!

Der französisch-sowjetrussische Pakt, gegen den diese ausgestreckte Freundeshand

Braune Propaganda

hand gerichtet ist, ist die unmittelbare Folge des Vertragsbruchs, der Rüstung und der Kriegsdrohung des Hitlersystems. Das System will nicht die Drohung beseitigen, sondern es will die Abwehr, die die Drohung unwirksam macht, zerbrechen. Wenn das System deutschfranzösische Verständigung sagt, meint es Isolierung Frankreichs.

Das System hat den Alpdruck der Koalitionen — aber es hat diesen Alpdruck selbst geschaffen. Und nun stößt und drängt und agitiert es nach allen Seiten, um davon loszukommen. Es fühlt sich dabei schon so stark, daß es selbst ausgestreckte Freundeshände mit unverfrorenen Drohungen versieht. Das Verständigungsinterview und die Drohung mit der Kündigung des Locarnopaktes gehören eng zusammen. Von England will man eine Erweiterung des Flottenpaktes erreichen — aber man erklärt es von vornherein als »Vertragsbruch« wenn die Engländer sich nicht den deutschen Wünschen fügen. Man verhandelt eifrig mit Mussolini, um das Schreckgespenst einer deutsch-italienischen Koalition gegen den Völkerbund aufmarschieren zu lassen, und während man in Westeuropa mit dem bolschewistischen Gespenst Propaganda treibt, gibt man gleichzeitig zu verstehen, daß man sich im Notfall auch wieder mit Sowjetrußland vertragen könne. Die Korrekturen, die Hitler in das Buch der Geschichte einzutragen wünscht, sind durchaus freibleibend.

Das ist eine schöne Sorte von Friedens- und Sicherheitspolitik! Wer sich auf sie verlassen wollte, kann in vierzehn Tagen schon selbst völlig verlassen sein. Diese Politik kennt nur ein Prinzip: heute so und morgen wieder anders. Ihre Unberechenbarkeit, ihre Unzuverlässigkeit, ihre Hinterlist ist unübertreffbar.

Diese Politik hat auch ihre innerpolitische Komponente. Das System hat von allem Anfang versucht, seine Politik der Kriegsvorbereitung mit dem Friedenswillen des deutschen Volkes zu decken. Welche schauerliche Pervertierung hat es nicht mit dem Begriffe der Gleichberechtigung vorgenommen! Seine Propaganda will nicht nur die fremden Völker belügen, sondern auch das eigene Volk, daher der Lärm über die Einkreisung, die das System sich selbst geschaffen hat, daher der Wunsch, sich als das friedfertige, arme, verfolgte Opfer einer Vernichtungs- politik der anderen hinzustellen! Die katastrophale Lage Deutschlands wird allmählich auch dem deutschen Volke bewußt. Das System sucht Deckung vor der innenpolitischen Auswirkung dieser Erkenntnis. Je mehr es um seine Massenbasis bangt, um so lauter und herzlicher werden seine verlogenen Friedensgesten werden. Aber es ist nicht allein der Wille, die Kriegspolitik des Systems durch die Zustimmung eines getäuschten Volkes zu verstärken!

Alle Machtpolitiker wissen, daß der moderne Massenkrieg unmöglich ist, wenn die Massen der beteiligten Völker nicht vom Kriegsrausch erfaßt werden, wenn es nicht gelingt, ihnen das Bewußtsein zu geben, daß sie eine gerechte Sache führen. Alle Machtpolitiker suchen darum beiseiten nach Deckung für ihre Manöver durch die Gefühle ihrer Völker. So hat Mussolini mindestens ein Jahr lang alle Mittel der Propaganda aufgegeben, um dem abessinischen Raubkrieg dem italienischen Volke als eine Angelegenheit des Rechts und der Gerechtigkeit hinzustellen — und es ist ihm gelungen, wider alle Logik und allen gesunden Menschenverstand. Seit langem arbeitet das Hitlersystem daran, die seelischen Voraussetzungen für einen kommenden Krieg in Deutschland zu schaffen! Jede ausgestreckte Freundeshand ist nichts anderes als ein Stein in diesem Spiele. Je näher das System an den Punkt kommt, an dem seine Rüstung fertig sein wird, um so verdächtiger werden die Friedensbetuerungen. Für diese Sorte von Machtpolitikern gilt der Satz: Wer am lautesten vom Frieden spricht, will am ehesten den Krieg!

Diese Systeme sind mit normalen Regierungssystemen nicht vergleichbar. Wenn Völker aus den Erfahrungen anderer lernen würden, so müßten sie aus den Vorgängen in Japan lernen. Dort zwingt der extreme Flügel der Kriegspartei mit Gewalt und Mord der Regierung und dem Volke seinen Willen auf — den Willen zum Eroberungskrieg. Europa hat keinen Anlaß, über die Morde in Tokio mit der Tröstung hinwegzugehen, daß es sich um Sitten und Anschauungen eines völlig fremden Volkes handelt. War nicht der Massenmord vom 30. Juni 1934 noch

Eines der Instrumente der braunen Auslandspropaganda ist der »Deutsche Fichte-Bund E. V., Reichsbund für Deutschumsarbeit. Gegründet Januar 1914«. Dieser Bund versandte Mitte Februar das folgende Werbeschreiben:

»Anbei behändigen wir Ihnen außer der deutschen nun auch die englische Ausgabe unseres Memel-Flugblattes. Im Druck befinden sich bereits die spanische, portugiesische und schwedische Ausgabe. Helfen Sie bitte, diese neuen Kampfbücher hinauszuschaffen.

Auf Grund der treuen Mithilfe unserer Freunde haben wir im Januar bereits 370.000 Flugblätter in unseren Kampf neu einsetzen können. Wir müssen aber mehr schaffen, um den aus aller Welt einlaufenden Anforderungen zu entsprechen. Deshalb bitten wir Sie, helfen Sie uns durch Ueberweisung eines Förderbeitrages, die Welt über das ungeheure

grauenhafter als die Ermordung der japanischen Minister? Es sind nicht die fremden Sitten, es ist nicht die andere Kulturauffassung des japanischen Volkes — es ist der Geist der Eroberungssucht, des imperialistischen Nationalismus und Militarismus, aus dem der Geist der Gewalt und des Mordes hervorwächst. Es ist der totale Staat, der es den Waffenträgern ermöglicht, willkürlich über die Geschichte des Volkes zu bestimmen. Was gestern in Japan geschehen ist, kann morgen in Deutschland entweder von den Gestapotruppen oder von Offizieren des Heeres nachgeahmt werden. Die völlige Ordnung in den totalen Staaten ist in Wahrheit eine völlige Anarchie. Diese scheinbar so fest zusammengeschweißten Militärstaaten können am leichtesten die Beute von Abenteuern oder von Verbrechern aus den Reihen der bewaffneten Macht werden.

Was sind alle Erklärungen der Staatsmänner solcher Gebilde wert, wenn sie Gefangene ihrer eigenen Gewaltideologie sind! Wenn Hitler heute vorgibt, eine Freundeshand Frankreich entgegenzustrecken, so ist diese Geste nicht anders zu bewerten, als wenn japanische Staatsmänner erklären, daß sie immer für den Frieden gewesen seien und nichts anderes wollten als den Frieden. Wahre Verständigung zwischen den Völkern setzt freie Völker voraus — nicht Völker, die im Griff von bewaffneten Abenteuern und Verbrechern sind!

Fünf Todesurteile

Opfer der verbrecherischen Terrorjustiz.

Im sogenannten Richardstraße-Prozess in Berlin wurden fünf angeklagte Kommunisten: Paul Zimmermann, Bruno Schröter, Helmuth Schweers, Bruno Blank und Walter Schulz zum Tode verurteilt, elf weitere Angeklagte erhielten insgesamt 133 Jahre Zuchthaus.

Die Angeklagten wurden der Erschießung des Gastwirts Börke in Berlin-Neukölln beschuldigt. Begangen wurde die Tat im Jahre 1931 in einer Zeit des Bürgerkrieges, in der blutige Ueberfälle von Nationalsozialisten auf Sozialdemokraten und Kommunisten an der Tagesordnung waren. Mord und Totschlag wurden von den Nationalsozialisten verübt, aber selbstverständlich denkt kein deutscher Staatsanwalt daran, auch nur einen einzigen Nationalsozialisten wegen seiner Taten von damals vor Gericht zu ziehen. Vielmehr werden die Mörder hochgehört, wenn sie Nationalsozialisten sind. Gegner des Nationalsozialismus aber werden, auch wenn sie ganz unschuldig sind, auf falsche Zeugnisse hin wegen Mordes verurteilt und hingerichtet.

In diesem Falle handelt es sich um einen Racheakt in Justizform. Die Tat ist vor dem Machtantritt Hitlers bereits Gegenstand eines rechtskräftigen Urteils gewesen. Von Mord kann bei der Tat nach dem deutschen Strafrecht keine Rede sein. Die feile Hitlerjustiz hat das rechtskräftige Urteil von damals umgestoßen, die Todesurteile von heute sind Akte jener aller Gerechtigkeit ins Gesicht schlagenden Justiz, die Spezialverordnungen mit rückwirkender Kraft an die Stelle des Strafbuchgesetzes setzt.

Eine Woge der Entrüstung muß die Vollstreckung dieser Todesurteile verhindern!

Unrecht, das unsere Volksgenossen im Memelland erdulden müssen, aufzuklären.

Außer den Memelflugblättern befinden sich folgende neue Kampfbücher nebst fremdsprachlichen Ausgaben unter der Presse:

Nr. 811. »Das deutsche Winterhilfswerk« (Kernstück eines Vortrages, den Hauptamtleiter Hilgenfeld auf dem Empfangabend des Außenpolitischen Amtes Berlin hielt).

Nr. 821. »Leistungen gegen Lügen« (Ein Tatsachenbericht von Dr. Ley).

Abgabe sämtlicher Flugblätter unentgeltlich.

Jahresbericht in knappster Form.

Im Jahre 1935 haben wir herausgebracht: 11 Flugblätter in deutscher und 64 in fremden Sprachen.

Druckaufträge wurden gegeben für 6.545.000 Flugblätter. Hinausgeschafft

wurden 5.008.000 Flugblätter und rund 100 Zentner Bücher und Broschüren.

Ein Packen von 1000 Flugblättern ist 6 cm hoch. Die hinausgeschafften Blätter, aufeinandergestapelt gedacht, ergeben fast die doppelte Höhe des Kölner Doms. Nebeneinandergelegt ergeben sie eine Wegstrecke von 1400 Kilometern.

Postausgänge (ohne Bahn- und Schiffsfrachtsendungen):

Briefe und Postkarten 10.451.
Drucksachen, Päckchen und Pakete 159.846.
Insgesamt 170.297.

Daß wir das schaffen konnten, ist Ihr Verdienst mit. Helfen Sie uns bitte, im neuen Jahr noch mehr für die Aufklärung der Welt und die Niederrückung des deutschen Hasses tun zu können.

Es versteht sich von selbst, daß es sich um eine getarnte Stelle der Göbbels-Propaganda handelt.

Ehrenliste

Das braune System hat abermals eine Reihe von Antifaschisten ausgebürgert, darunter mehrere Sozialdemokraten. Die Liste enthält folgende Namen:

Becker, Paul,
Chmara, Wilhelm,
Doberer, Kurt,
Edel, Oskar,
Finsterbusch, Hans,
Friedrich, Ernst,
Goldbaum, Erich,
Halle, Felix,
Dr. Hallgarten, Wolfgang,
Hamburger, Erich,
Dr. Hirschfeld, Hans,
Holland, Lothar,
Dr. Lachmann, Fritz,
Langhoff, Wolfgang,
Dr. Laserstein, Botho,
Leviné, geb. Broido, Rosa,
May, Gustav, gen. Hartung,
Menne, Bernhard,
Middecke, Hippolit,
Paeschke, Carl,
Pol, Heinz,
Schumacher, Ernst,
Stahl, Herbert,
Wollenberg, Erich,
Zweig, Arnold.

Das Vermögen der Ausgebürgerten ist beschlagnahmt worden. Der Haß des Systems ehrt die Betroffenen.

Duckmäuser

Die sogenannte »Deutsche Arbeitsfront« will Gesundheitsstammbücher für die Arbeiter einführen. Diese Stammbücher sollen Typenbezeichnungen enthalten, wie »schneidig, schlapp, Verstandesmensch, Gefühlsmensch, Duckmäuser« usw. Diese Neueinführung liegt ganz in der Richtung der wahren braunen Auffassung vom Arbeiter. Wie Stücke Vieh, die nach wenigen äußerlichen Merkmalen verhandelt werden, wie typisierte Waren sollen sie dem Unternehmertum zur Verfügung gestellt werden.

Natürlich werden bei dieser Abstempelung alle Nazis schneidig sein, und alle Neinsager, die auf ihre Menschenwürde nicht verzichten wollen, Duckmäuser.

Die Frage des Oberbefehls

Ludendorff hat vor kurzem in seinem Buche »Der totale Krieg« die Frage des Oberbefehls im Kriege aufgeworfen. Die Tendenz dieses Buches besteht in der Forderung, daß Staatsführung und Kriegsführung in der Hand des wirklichen militärischen Oberbefehlshabers vereinigt werden müßten.

Die Presseabteilung des Reichswehrministeriums antwortet darauf mit einer Schrift des berühmten Majors Johst über die militärische Bedeutung der nationalsozialistischen Umwälzung. Diese Schrift enthält ein Vorwort des Reichswehrministers Blomberg, in dem die Behauptung aufgestellt wird, daß die deutsche Aufrüstung von seiner Friedensliebe diktiert sei. Im übrigen vertritt sie die These, daß der totale Krieg den totalen Staat erfordere. Ueber den Oberbefehl sagt die Schrift, Hitler sei als Staatschef, Parteiführer und Oberster Befehlshaber der bewaffneten Macht der Herr von Deutschland, er halte in seiner Hand eine Gewalt, für die es keinen Vergleich in der Geschichte gebe. Aller Gegensatz zwischen Soldat und Bürger, zwischen zivilem und

militärischem Denken sei in seiner Person aufgelöst.

Man wird nicht verkennen, daß die Rolle, die damit Hitler zugeschrieben wird, einigermaßen der Rolle gleicht, die die japanische Kriegspartei dem japanischen Kaiser gibt.

Wer verhaftet wen?

Am 18. März beginnt in Berlin der Prozeß wegen des Einsturzglücks beim Bau des Berliner S-Bahn-Tunnels. Als Vorspiel zu diesem Prozeß hat sich ein sonderbarer Vorfall ereignet.

Die Gestapo erschien in Moabit, um den Sachbearbeiter der Angelegenheit, den Staatsanwaltassessor Riehl zu verhaften — angeblich wegen Homosexualität. Gegen diese Verhaftung widersetzen sich Oberstaatsanwalt Reimar und Generalstaatsanwalt Thomas — mit dem Erfolg, daß beide ihrer Aemter entsetzt wurden. Der Generalstaatsanwalt wurde verhaftet. Der beschuldigte Assessor flüchtete.

Dieser Vorfall ist unter zwei Gesichtspunkten bezeichnend. Zunächst erhebt sich die Frage: aus welchen Motiven hat die Gestapo in ein schwebendes Verfahren eingegriffen? Hat sie im Dienste einer Interessentenbande gehandelt?

Weiter aber: die Gestapo ist in Deutschland die oberste Staatsgewalt. Sie ist nicht nur den Justizbehörden gleichgeordnet, sondern übergeordnet. Im Falle eines Konfliktes ziehen die Justizbehörden den kürzeren; denn die Gestapo vereinigt mit ihrem Machtanspruch zugleich die Anwendung der unmittelbaren Gewalt.

Die deutsche Justiz untersteht also der Parteipolizei des Systems. Das erklärt ihre Schandurteile. Die sogenannten Richter verewaltigen das Recht, um nicht selbst von der Gestapo vergewaltigt und totgeprügelt zu werden.

Was ist denn da los?

Um Irrtümer bei der Signalgebung im Eisenbahnverkehr zu verhüten, hat der Reichsfinanzminister angeordnet, daß die im Eisenbahndienst tätigen Amtsträger der Reichsfinanzverwaltung in Uniform im Bereich der Gleisanlagen, auf Fahrzeugen und auf Bahnsteigen nicht mit dem Deutschen Gruß, sondern in militärischer Form zu grüßen haben.

Und solche Irrtümer können nur im Eisenbahndienst möglich sein? Da stimmt was nicht!

»Rohstoffe«

Die gleichgeschaltete Presse berichtet:

»Mit dem Schnelldampfer »Bremen« trafen in Bremerhaven sieben Elche und zwanzig Bison-Kühe ein. Die Elche sollen im Naturschutzgebiet Schorfheide ausgesetzt werden, während man mit den Bison-Kühen Kreuzungsversuche mit europäischen Wisentarten, die bereits seit längerer Zeit in Deutschland gehalten werden, vornehmen will. Der Erwerb der Tiere geschah auf Anregung des Reichsjägermeisters Göring.«

Dafür hat der Schacht Devisen! Für das Privatvermögen und die Spielereien der braunen Oberbonzen fällt immer noch etwas ab — selbst wenn die Rohstoffe für die Aufrüstung knapp werden. Wenn es keine Devisen mehr für Görings Privatwünsche gäbe — welchen Zweck hätte für ihn noch das Dritte Reich?

Deutsche Streiflichter Von Oesterreich gesehen

Ein katholischer Geistlicher, Josef Wagner, gibt ein Schulbuch heraus unter dem Titel »Das ist mein Oesterreich. Es ist für den Geschichtsunterricht der Haupt- und Mittelschulen bestimmt. Wir lesen da folgende deutschbrüderliche Schilderung der russischen Vorläufer unserer heutigen Preußen:

... Schauen wir ein wenig! Das heute so protzige Berlin wird zur Zeit Leopold des Glorreichen überhaupt nicht genannt. Die Bewohner seiner Gegend, der Mark Brandenburg, waren damals noch Wenden, also Slaven, und obendrein halbe Heiden. Und die Preußen. O jemine! Die waren zu jener Zeit noch keine Deutschen, sondern ein den heutigen Lettländern verwandter Stamm und gleichfalls Heiden. Erst ein Menschenalter später wurde ihnen durch den Deutschen Ritterorden das Christentum und Deutschtum zugleich eingeblut. Dabei hielten sie sich damals schon für das klügste Volk der Welt. Kriegerisch und tapfer waren sie, fleißig auch! Aber Menschenopfer und Vielweiberei blühten! Bier und Met kannten sie; aber gegorene Stutenmilch schmeckte doch viel besser. Gebrechliche Söhne durfte der Vater erkaufen; ebenso die Töchter bis auf eine. Manche radikalen Lehren des heutigen Nationalismus mögen auf erblicher Belastung aus jener Zeit beruhen; vielleicht ist das auch bei den Nußknackergesichtern des Deutschen Nordens der Fall. Sonst ist von der Kultur der Preußen aus jener Zeit wenig zu berichten...

In den siebziger Jahren des vierzehnten Jahrhunderts unternahm Albrecht III. und Leopold III., die Söhne Albrecht II. des Weisen und Bruder Rudolfs des Stifiers, einen Kreuzzug gegen die Preußen. Die waren damals fast so lieb gewinnend wie heute. Einer ihrer Häuptlinge ließ Gefangene langsam verbrennen oder mit Keulen erschlagen oder mit den Beinen an einem Baum aufhängen. Der Höhepunkt ihrer Kultur aber war folgender: Man schnitt den Gefangenen den Nabel aus und nagelte ihn an einen Baum. Dann trieb man mit Keulenschlägen den armen Teufel so lange um den Baum herum, bis die Eingeweide aus dem Leib herausgewunden waren. Wo wäre einem Oesterreicher je so etwas eingefallen? Diese Brutalität schlägt heute wieder durch. Offenbar erbliche Belastung.

Der Verfasser scheint sich bei aller Feindschaft die Geschichtsbetrachtung, die der Oesterreicher Adolf Hitler den Juden, Marxisten und Freimaurern widmet, zum Muster genommen zu haben. Ueberhaupt sollte ihm die Tatsache zu denken geben, daß die Preußen trotz aller Brutalität und erblichen Belastung den Führer der SA und den Mann des 30. Juni nicht aus den eigenen Nußknackergesichtern hervorbrachten, sondern aus dem kaiserlichen Oesterreich beziehen mußten. Wenn die Jugend der Völker sich aus Geschichtsbüchern wie diesem und aus Dokumenten der Rohheit kennenlernt, wie »Mein Kampf«, kann sich Europa noch auf etwas gefaßt machen.

Propaganda der Unpopularität

Man sollte meinen, das Ziel jeder Propaganda sei Popularität. Von dem deutschen Reichspropagandaminister Dr. Göbbels hören wir in seinen neuesten Reden, zuletzt in Magdeburg, das Gegenteil. Er erzählt uns, der Nationalsozialismus habe schon in seinen Kampffahren den Mut zur Unpopularität gehabt, während alle anderen Leute sich erinnern dürften, daß der Leitartikler des »Angriff« und unermüdete Volkeredner alle Mittel der allerpopulärsten Demagogie angewendet hat, wie sein hoher Chef, der wöchentliche Zirkusredner auch. Im vierten Jahre der Regierung des Verbrechens, des Hungerns und des Schuldenmachens entdeckt man die Unpopularität als eine staatsmännliche Tugend des Nationalsozialismus, der sich sonst immer wieder seiner Volksverbundenheit rühmt, sie freilich nie durch freie Aussprache oder freie Wahlen unter Beweis zu stellen wagt. Aber fragen wir uns doch einmal, was denn die von Göbbels nun wiederholt zugegebene Unpopularität bedeutet? Daß die derzeit Regierenden bei der Vielzahl ihrer Gegner, die aufzuzählen unnötig ist, nicht beliebt waren und sind, ist unbestritten. Wenn die Unpopularität des Göbbels und der anderen so wächst, daß der Propagandaminister sie immer wieder zuzugeben gezwungen ist, so liegt darin das Eingeständnis, daß die Enttäuschung, die Unzufriedenheit, das Mißtrauen mehr und mehr in die nationalsozialistischen Mitläufer und Keratruppen eindringt. Göbbels meinte in Magdeburg, die Regierung untermaure jede unpopuläre Handlung mit ebenso großen sozialrevolutionären Verbesserungen. Das ist eine hohle Phrase, die an den Tatsachen zerplatzt. Er fügte hinzu: »An sich verfügt der Staat über Mittel genug, sich

Das Rätsel van der Lubbe

Ein Zeuge über den Reichstagsbrand taucht auf

Das Organ der Schwarzen Front veröffentlicht Enthüllungen über den Reichstagsbrand. Der Inhalt dieser Enthüllungen ist, daß Marinus van der Lubbe ein Nazi-Spitzel gewesen sei, der den Auftrag zur Brandstiftung im Stabsquartier der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg in der Hedemannstraße in Berlin erhalten habe.

Als Zeuge meldet sich Heinz Jürges, bis 1933 Stabsleiter in der Gauleitung Berlin und engster Mitarbeiter von Göbbels. Der Zeuge lebt jetzt in Südamerika, er ist im Jahre 1934 in Chile einem

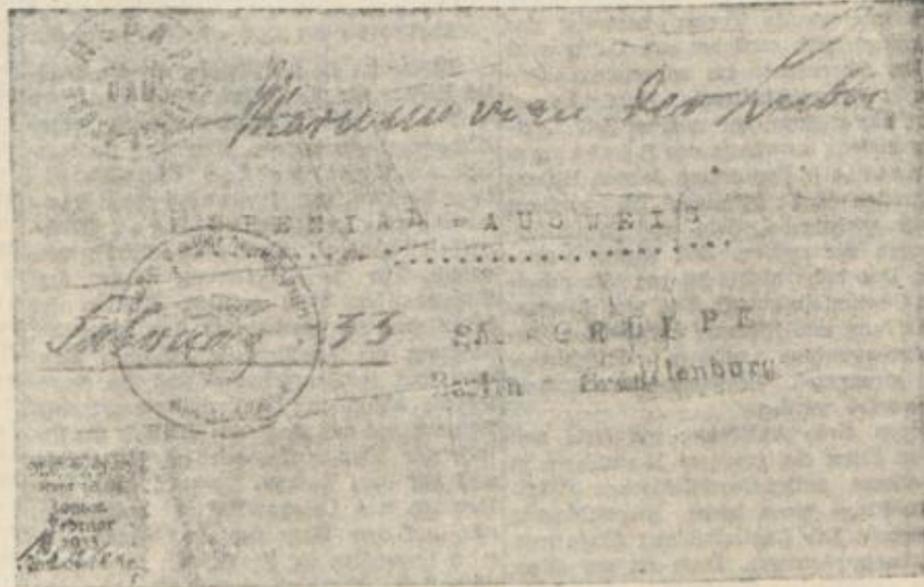
dem SA-Gruppenführer Ernst als Dolmetscher zu fungieren. An dieser Besprechung, die nachmittags gegen vier Uhr stattfand, nahmen folgende Personen teil: SA-Obergruppenführer Edmund Heines, SA-Gruppenführer K. Ernst, Jürges als Dolmetscher und der besagte Holländer, der kein anderer war als eben dieser Marinus van der Lubbe. Die ganze Unterhaltung drehte sich in der Hauptsache um Mitteilungen, die v. d. Lubbe über seine Spitzeltätigkeit bei den Kommunisten zu machen hatte. Am Schluß der Besprechung

der SA fand am 27. Februar 1933, vormittags gegen 10½, statt, bei der aber diesmal nur Ernst, v. d. Lubbe und Jürges zugegen waren. Auch diesmal richteten sich die Fragen von Ernst hauptsächlich auf kommunistische »Putschabsichten«, von denen v. d. Lubbe angeblich Einzelheiten von führenden Kommunisten in Erfahrung gebracht haben wollte. Außerdem aber ließ Ernst dem v. d. Lubbe durch Dolmetscher Jürges sagen, er solle sich am Nachmittag gut ausschlafen, da es in der kommenden Nacht viel für ihn zu tun gäbe und an Schlaf wahrscheinlich nicht zu denken sei. Am Schluß dieser Besprechung nahm Jürges dem v. d. Lubbe dann noch den von Hauke erwähnten Ausweis ab und entfernte sich.

Erst am Morgen traf J. den Hauke in seinem Büro, wo er ihm den Ausweis des v. d. Lubbe übergab. Hauke zerriss denselben in kleine Stücke und warf dieselben in den Papierkorb. Anschließend kam es dann zwischen J. und Hauke zu einer scharfen Auseinandersetzung wegen der Ursachen des Reichstagsbrandes. J. hatte die Gewißheit, von Göbbels und Hauke ohne vorherige Kenntnis ihrer Absichten in die Vorbereitungen zu einem Verbrechen verwickelt worden zu sein, das ihn möglicherweise mit dem Staatsanwalt in Konflikt bringen konnte. Als er dieser Ansicht Ausdruck gab, erteilte ihm Hauke den strikten Befehl, sowohl über die Besprechungen im Stabsquartier der SA als auch über den Aufenthaltsort des v. d. Lubbe absolutes Stillschweigen zu bewahren, widrigenfalls er die Folgen am eigenen Leibe zu fühlen bekäme.

Einige Zeit später, nachdem Hauke das Haus der Gauleitung verlassen hatte, begab sich J. durch einen Nebeneingang, zu dem er einen Schlüssel hatte, in das Büro des Hauke und suchte sich aus dem Papierkorb die einzelnen Stücke des zerrissenen Ausweises heraus, um sich für den Fall, daß er in eine eventuelle gerichtliche Untersuchung verwickelt würde, ein Beweismittel zu sichern.

Jürges will die Einzelheiten seiner Kenntnis in einer Broschüre zusammenfassen. Dieser Jürges ist ein gewichtiger Zeuge, und seine Aussage wird vom System nicht mit einer Handbewegung weggeschlichtet werden können!



»Van der Lubbes SA-Ausweis«

Mordanschlag von Naziagenten entkommen. In seinem Besitz befindet sich ein Ausweis, den van der Lubbe von der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg erhalten hat.

Das Organ der Schwarzen Front gibt die Aussage von Jürges folgendermaßen wieder:

»Am 26. Februar 1933 war Jürges im Hause der Gauleitung Berlin, Vostr. 11, in seinem Dienstbüro. Am frühen Nachmittag dieses Tages wurde J. von Göbbels Adjutant, Hauke, durch Haustelefon angerufen und aufgefordert, in das Büro des Gauleiters zu kommen. Dort erhielt J. von Hauke den Auftrag, in das Stabsquartier der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg in der Hedemannstraße zu gehen, um dort in einer Besprechung zwischen einem Holländer und

richtete dann Ernst durch Jürges die Frage an v. d. Lubbe, ob er bereit sei und die Courage habe, an einer großen Sache gegen die Kommunisten teilzunehmen, die der besseren Wirkung halber kommunistisch getarnt werden müsse. Van der Lubbe erklärte sich dazu bereit.

Am nächsten Vormittag wurde Jürges von Hauke abermals beauftragt, in einer nochmaligen Besprechung zwischen Ernst und v. d. Lubbe als Dolmetscher zu fungieren. Watter erhielt er den Befehl, dem v. d. Lubbe einen ihm von der Gauleitung ausgestellten Spezial-Ausweis abzunehmen und bei ihm (Hauke) abzuliefern.

Die zweite Besprechung im Stabsquartier

allein durch die Macht seiner Organe zu halten. Das werde aber eine Regierung von nationalsozialistischer Prägung niemals tun und nie niemals tun wollen.« — Noch hat man die ganze Macht. Wir bestreiten es nicht. Aber Göbbels ahnt den Weg zum Untergang, wie lange die Entwicklung auch sein möge: zu einer gewissen Zeit wird die Unpopularität so groß werden, daß alle Macht nichts mehr hilft, weil sie selber von der allgemeinen Vertrauenskrise erfaßt und erschüttert ist.

Bruchstellen der Totalität

Bei der endgültigen Auflösung des »Stahlhelms« sind dessen Mitglieder, soweit sie noch aus der Kampfzeit stammten, freundlichst eingeladen worden, sich der NSDAP anzuschließen. Wir hörten jüngst von einem führenden Stahlhelm-Mann mit entsprechenden Flüchen auf das A—stloch Seldte, daß nicht 5 v. H. der Stahlhelmer im Reiche dieser Aufforderung zur Desertion gefolgt seien. Der Mann, der das und seine Treue zu Schwarzweißrot beteuert, ist heute ein großer Herr im deutschen Wirtschaftsleben und im Übrigen keineswegs in der Illusion lebend, daß schon bald in Deutschland aufgeräumt werden könnte. Seine Auffassung, daß die Zahl der wirklichen nationalsozialistischen Kämpfer geringer sei, als man gemeinhin annehme, hat neuerdings wiederholt Bestätigung aus nationalsozialistischem Munde erfahren. Der Reichstatthalter Hildebrandt hat auf einer Kundgebung der NS-Dozenten-schaft in Rostock gesagt, daß nur 10 v. H. der Hochschullehrer Parteigenossen seien. Auf einer Führertagung des NS-Lehrerbundes wurde mitgeteilt, daß große Teile der Philologenschaft abseits ständen. In Pommern seien 50 v. H. der Philologenschaft nicht Mitglied des NS-Lehrerbundes. Generalleutnant Daluge hat in der Zeitschrift »Der deutsche Polizeibeamte« den Anteil der Parteigenossen in der Polizei auf etwa

20 Prozent berechnet und dieser Prozentsatz ist auch nur erreicht worden, weil viele Republikaner — mehr als ein Viertel der gesamten Beamtenschaft — aus der Polizei hinausgedrängt und dafür »nur alte verdiente Parteigenossen eingestellt wurden.« Das klingt nicht gerade überwältigend und läßt gewisse Rückschlüsse auf die Wehrmacht zu, in die bei der allgemeinen Wehrpflicht ja nun keineswegs nur alte bewährte Parteigenossen eingestellt werden können. Ganz toll aber muß es, wenn man der Zeitschrift »Der SA-Mann« glauben darf, die »Reaktion« in der Studentenschaft treiben. Die alten Korps sind zwar suspendiert, aber sie lösen sich trotz allem Zureden nicht auf, und daß man es beim Zureden beläßt, zeigt, daß hinter den Korps Mächte stehen, mit denen die »Revolution« noch immer nicht fertig wird. Frech bis zum Äußersten, was sich die Korpsstudenten trotz aller Suspendierung gegenüber den SA-Führern und ihrer geheiligten Hitleruniform herausnehmen. SA-Führer, die dem Befehl des Stabschefs nachkamen, und aus den Korps austraten, wurden von ihren Kommilitonen als ehrlos erklärt. Man verstieg sich zu dem Satze »Ein Hundsfott, der deswegen sein Band niedergelegt hat.« Ein anderer höhnte: »Mein Band lege ich nicht nieder, aus der Partei scheidet ich nicht aus; dann werft mich aus der Partei heraus!« Der Aufsatz im SA-Mann klagt, daß SA-Führer und -Männer, die ihrem Dienstgemäß handeln, als wortbrüchige Gesellen behandelt würden und in einer Weise beschimpft, wie man sich im Dritten Reich kaum denken kann.« Das ist immerhin allerhand, wenn man bedenkt, daß dieses offen sich bestätigenden Feinde des totalen braunen Hemdenstaates Anwärter auf hohe Staatsstellen sind.

An Bruchstellen im totalen Staate fehlt es nicht. Jede dieser Lücken erweitert sich, und alle Gewalt wird diesen Lockerungsprozesse nicht aufhalten können. Hannes Wink.

Wie üblich: Selbstmord

Das Königsberger Polizeipräsidium versendet folgende Pressemitteilung an die ostpreussischen Zeitungen:

»Bei der vor einiger Zeit gebrachten Notiz des Polizeipräsidiums über einen Überfall in der Ländengrabenstraße, wonach ein Mann von mehreren unbekannt Personen überfallen und erheblich verletzt worden sein sollte, handelt es sich, wie die Untersuchung ergeben hat, nicht um einen Überfall, sondern um einen Selbstmordversuch des betreffenden Mannes.«

»Vor einiger Zeit« — das Datum wird verschwiegen, »ein Mann« — der Name bleibt das Geheimnis des Polizeipräsidiums, »erheblich verletzt« — über die Art der Verletzungen wird nichts ausgesagt. Und es müssen eigenartige Verletzungen gewesen sein. Man denke: einer richtet sich selbst auf der Straße dergestalt, daß es den gelbsten Augen der Polizei erscheint, als sei er »von mehreren Personen überfallen worden« — dazu gehört schon was. Ungereimtheiten solcher Art pflegen nur aus Diktaturländern gemeldet zu werden, wo man Überfälle der staatlichen Terrororgane nachträglich in Selbstmorde der Betroffenen umlügt. Wir sind fest überzeugt, daß der geheimnisvolle Selbstmörder von der Ländengrabenstraße in Königsberg ein Jude, ein Marxist oder ein oppositioneller Nazi — in jedem Falle aber ein Neinsager war.

Frontkämpfermystik und Wirklichkeit

»Die deutsche Reichsregierung hat als Vergeltungsmaßnahme dafür, daß aus Schweden drei Nationalsozialisten ausgewiesen wurden, welche dort Propaganda getrieben haben, drei schwedischen Industriellen die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis für Deutschland verweigert. Außerdem hat sie einen Arbeiter schwedischer Staatszugehörigkeit, der aber noch niemals in Schweden wohnte und während des Krieges in der deutschen Armee gedient hat, ausgewiesen. Dieser Arbeiter ist mit Frau und Kind in Stockholm vollkommen verelendet eingetroffen. Die Polizei hat ihm ein Obdach geboten.« (Zeitungenotiz).

Schacht gegen Hitler

Der Kampf um die Markentwertung — Atempause in der Rüstung? — Neue außenpolitische Manöver

In den deutschen herrschenden Kreisen hat die Auseinandersetzung über die Fortführung der Wirtschafts- und Finanzpolitik sich neuerdings verschärft. Am 1. April beginnt das neue Finanzjahr. Was soll zur Abdeckung der riesigen schwebenden Schulden geschehen? Wie soll das erschreckende Tempo ihrer Zunahme wenigstens einigermaßen vermindert werden? Das Finanzministerium denkt an neue Steuern. Aber kann man angesichts der fortschreitenden Teuerung und der sinkenden Löhne, angesichts des durch keine gleichgeschaltete Statistik mehr hinwegzuleugnenden Konsumrückgangs neue Massenbelastungen durch Erhöhung der Umsatz- und Biersteuern wagen? Also Besteuerung der Reichen, Vermögensabgabe, Wegsteuerung der Rüstungsgewinne? Aber dann riskiert das Regime die Unterstützung der Schwerindustrie, des Großkapitals überhaupt zu verlieren. Man sieht, es sind stachelige Probleme.

Die Antworten lauten verschieden. Da sind zunächst die unentwegten Inflationisten.

So wird z. B. in einem jüngst erschienenen Buch »Der Kampf um den auswärtigen Handel als einziger Ausweg eine Devaluation der Mark um volle 70 Prozent auf 30 Prozent empfohlen; der heutige Kurs der Mark sei vollkommen künstlich. Die Ankurbelung der privaten Wirtschaft sei ausgeblieben; dazu bedürfe es der Belebung des Exports, die nur dadurch zu erreichen sei, daß man aus dem inflationistischen Charakter der bisherigen Maßnahmen die Konsequenz ziehe und die Mark abwerte.

Schacht wird als Gaukler hingestellt, der Verfasser heißt Albrecht Forstmann, und gehört zum Wirtschaftsamt des Heß, des »Stellvertreters des Führers«. Er steht nicht allein. Gördeler, der Oberbürgermeister von Leipzig und früherer Preisminister hat in einer Eingabe an Hitler ebenfalls dringend die Abwertung der Mark angeraten.

Gegner der Abwertung ist Schacht. Er weiß, daß die Devaluation unter den deutschen Verhältnissen kein Ausweg, sondern der Anfang vom Ende wäre. Eine Exportprämie entstände überhaupt nicht, denn das Ausland nimmt Zahlungen in Mark zu welchem Kurs immer überhaupt nicht an, sondern liefert Waren nur gegen Waren oder Devisen. Im Innern aber bedeutete die Fortdauer der jetzigen Politik auch Fortdauer der Inflation, die entwertete Mark wäre ebenso wenig sicher wie es die alte ist. Die Entwertung — das offizielle Eingeständnis des Bankrotts — würde aber rasch alle Dämme sprengen, die heute noch gegen die Flucht in die Sachwerte aufgerichtet sind, und die Währungskatastrophe wäre unvermeidlich. Schacht klammert sich also an seine bisherigen Methoden. Sein Organ, »Der Deutsche Volkswirt« verlangt deshalb die Aufrechterhaltung der Sperre für private Emissionen, so dringlich auch bei der rasch wachsenden Wohnungsnot, z. B. das Bedürfnis der Hypothekenbanken nach Ausgabe neuer Pfandbriefe ist. Nur der Staat darf für seinen Rüstungsbedarf den Kapitalmarkt in Anspruch nehmen. Wie aber, wenn der Kapitalmarkt »deutliche Ermüdungszeichen« zeigt, wie z. B. bei der letzten Eisenbahnleihe, und die Konsolidierungsversuche immer schwieriger werden? Nun auch dann dürfe man nicht etwa den Anreiz für den Zeichner durch Erhöhung der Zinsbedingungen erhöhen, sondern man müsse »die Konkurrenzanlagen auf dem Kapitalmarkt in ihre Ertragsfähigkeit für den Anleger an die Ertragsfähigkeit der Konsolidierungsanleihe anpassen«. Wenn Worte einen Sinn haben, so bedeuten sie die Drohung, die Zinsen für Pfandbriefe, Industrieobligationen, Bank- und Sparanlagen gewaltsam herabzusetzen, sei es durch eine neue Zwangskonversion, sei es durch eine Coupon- und Zinssteuer, um so die Zeichnung von Staatsanleihen zu begünstigen. Der Schacht hat eben seine eigene Zahlungsmoral, wenn es sich um Ausländer handelt betrügt er die Gläubiger, im Fall der Inländer aber die Schuldner. Er ist überzeugt, daß sich diese Betrügereien gegenseitig aufheben, und er ein »ehrbarer Kaufmann« geblieben ist.

Der Drohung mit der Zinsherabsetzung folgt dann die andere, daß die Regierung »der Ueberspitzung des Sachwertgedankens nicht ruhig zusehen werde, ob diese sich nun auf Grundstücke oder anderes beziehe.« Und schließlich müsse »das Reich als drittes Mittel die Steuerkraft zunehmend in Anspruch nehmen.« Alle Ausgaben müßten bezahlt werden und lächerlich seien die Alchimisten, die glauben, Geld aus Luft fabrizieren zu können.

Aber weiche Steuern? Ueber dieses interessante Thema schweigt der »Volkswirt« sich zunächst aus. Dafür weiß ein Dr. Oberascher im nationalsozialistischen »Wirtschaftsdienst« Rat: Es sei »nicht nur wichtig, zur rechten Zeit Kapital zu bilden — was ja der Rüstungsindustrie in den ersten Jahren Hitlers im großen Maß gelungen ist, sondern ebenso wichtig sei, Geld- und Kapitalforderungen zur rechten Zeit wieder aufzulösen. Das habe nichts zu tun mit primitiver Gewinnfeindschaft. Die aus Arbeitsbeschaffung und Rüstung anfallenden Unternehmergewinne müßten entschieden den strengsten Besteuerungsmaßstäben unterworfen werden.«

Gegen diese Auflösung von Geld und Kapital führt ein gewisser Matthes in den ebenso nationalsozialistischen »Wirtschafts-Ring« einen nicht ungeschickten Gegenstoß: Die Kapitalbildung dürfe man nicht beeinträchtigen. Dazu sei vor allem nötig: politische Stabilität, eine feste Währung und Sparsamkeit der Verwaltung. Und jetzt kommt: unter Verwaltung sei heute »nicht nur die eigentliche die »alte« öffentliche Verwaltung zu verstehen, sondern all das zahlreiche und vielseitige Neue, das in den letzten Jahren hinzugekommen sei an Organisationen mit halb- und vollöffentlichen Charakter. Und wenn es nun so sei, daß der Haushalt des Reiches, obwohl um Milliarden entlastet, keine Steuerentlastung gestattet, so sei es um so dringlicher, daß die öffentliche Hand, die Verwaltung im weitesten Sinne, ihre Ausgaben in einem Rahmen halte, der wenigstens neue, zusätzliche steuerliche oder ihrem Wesen nach steuerähnliche Belastungen entbehrllich mache. Das ist nun der offene Angriff auf die nationalsozialistische Parteiorganisation, ihre Sammlungen, ihre Korruption und Verschwendung. Mut aus Steuerangst!

Aber heute reicht es schon nicht mehr aus, der nationalsozialistischen Verschwendungswut Einhalt zu tun. Dazu gehört schon mehr. Das weiß Schacht. Will man wirklich Deutschland vor der offenen Inflation, vor dem vollständigen Wirtschafts- und Finanzruin retten, dann gibt es vielleicht noch ein Mittel, aber auch nur ein einziges: Schluß mit der Rüstungspolitik und als Voraussetzung dafür Umkehr in der Außenpolitik! Und so läßt denn Schacht seinen »Deutschen Volkswirt«

eine Attacke reiten, die geradezu sensationellen Charakter hat. Der »Deutsche Volkswirt« spricht im Namen der deutschen Wirtschaft, sie müsse der Realität ins Auge sehen.

Man spreche wieder viel von der Einkreisung. Die deutsche Aufrüstung zwingt das Volk zu neuen Opfern und es stelle sich die Frage, ob der Gewinn an Ansehen, der durch die Aufrüstung erzielt worden sei, nicht durch außenpolitische Faktoren kompromittiert oder wenigstens teilweise in Frage gestellt werde.

Bisher ist die Aufrüstung als die Großtat Hitlers, als die Befreiung des deutschen Volkes, als die Wiederherstellung seiner Ehre gepriesen worden. Hier wird sie deutlich als Ursache des finanziellen Ruins, als Ursache der Einkreisung und des völligen Mißerfolgs der Außenpolitik verurteilt. Für die Einkreisung werden drei Tatsachen ins Feld geführt. Erstens der französisch-sowjetrusische Beistandspakt; zweitens die Annäherung zwischen England und der Sowjetunion und die eingetretene Abkühlung im Verhältnis zwischen Deutschland und England; drittens die Politik der Kleinen Entente im Mittelmeer und auf dem Balkan. Es wird dann eine Revision des Locarno-Paktes empfohlen, aber auf dem Wege der Verhandlungen Garantien an Frankreich für dessen Sicherheit; Abschluß eines Luftpaktes mit den Westmächten. Die Wirtschaft verfolge mit großer Beunruhigung die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und England.

Auch mit der Sowjetunion könnten bessere wirtschaftliche Beziehungen angeknüpft werden; denn die beiden Länder ergänzten sich vortrefflich.

Also Durchbruch der Vernunft aus Steuer-, Expropriations- und Inflationsangst? Gemacht! Schacht und die hinter ihm stehenden Kreise gehören zu den fanatischsten Nationalisten Deutschlands, zu den wildesten Imperialisten. Sie sind nur etwas klüger und um nichts weniger perfider als Hitler und die Göring. Sie sehen, so geht es schwer weiter: entweder vorzeitiges Losschlagen gegen die gegen die Raubdiktatur vereinte Welt oder wirtschaftlicher Ruin. Deshalb das Verlangen nach einer Atempause, die eine wirtschaftliche Wiedererstarke bringen soll; das weitere wird sich dann finden. Denn es sind ja nur Gegensätze der Methoden, nicht des Zieles, die die Spielarten der Herrschenden trennen und deshalb muß man sich hüten, die Gegensätze zu überschätzen. Aber ausnützen muß man sie und dem deutschen Volke immer wieder das Geständnis des Schacht in die Ohren schreien, daß die Hitlerdiktatur in die Wirtschaftsverderbnis und in die Einkreisung geführt hat. Dr. Richard Kern.

Handelspolitische Einkreisung

Da die Fortsetzung der Aufrüstung von der Ueberwindung der Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung abhängt, ist der Wunsch des »Deutschen Volkswirt« begründlich, daß »der Zustand des Von-der-Hand-in-den-Mund-Lebens, wie er unsere Außenwirtschaft... zunehmend kennzeichnet, ein Ende findet.« Die Lösung des Rohstoffproblems wird immer dringlicher, weil »die Rohstoffvorräte, von denen wir 1935 stark zehrten, vielfach wieder wenigstens auf die wirtschaftliche normale Höhe aufgefüllt werden müssen.« Es war Schacht zeitweilig gelungen, Rohstoffe zu kaufen, ohne sie zu bezahlen. Gerade jetzt, da die auf Kosten der ausländischen Lieferanten »aufgehäuften Vorräte zur Neige gehen, ist die Welt hinter Schachts Schliche gekommen und zu seinem Unglück der verbesserten Weltkonjunktur auf Deutschland als Rohstoffkunden weniger angewiesen als dazumal. Es bekommt Rohstoffe kaum noch auf Pump, sondern nur gegen Bezahlung. Es bleibt also mangels Barmitteln nur die Bezahlung mit Waren, durch Steigerung der Ausfuhr. Sie könnte »durch die Handelspolitik erleichtert werden.«

Aber »da gibt es einige vorläufig ziemlich dunkle Punkte. Der eine ist das handelspolitische Verhältnis zu USA. Sie haben 1928 noch ein Fünftel der gesamten deutschen Einfuhr bestritten und ein Zwölftel seiner Ausfuhr aufgenommen. 1935 war die Einfuhr aus diesem Land, das so unentbehrliche Dinge wie Kupfer und Baumwolle liefert, auf ein Fünftel von 1928 und die Ausfuhr dahin auf ein Zehntel zusammengeschumpft. Seit 1934 haben die USA. eine neue Epoche exportfördernde Handelspolitik eröffnet. Der Präsident ist ermächtigt worden, ohne Befragung des Parlaments anderen Ländern Abweichungen vom Zolltarif nach unten einzuräumen, wenn vom Vertragspartner entsprechende Zugeständnisse gemacht werden. Die USA. bedangen sich in diesen Gegenseitigkeitsverträgen aus, daß dritte Länder von dieser Bevorzugung ausgeschlossen werden. Dieses System läuft also darauf hinaus, daß USA sich selbst und im Austausch seinen Vertragspartnern ein Monopol für die Ausfuhr nach und von Amerika verschafft. Solche Verträge bestehen mit Ländern die zu den bedeutendsten Kunden

Deutschlands gehören. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes sind solche Gegenseitigkeitsverträge mit 10 Ländern abgeschlossen worden, darunter Schweden, Belgien, Holland, Schweiz, Kanada, Brasilien. Der Erfolg für die Ausfuhr dieser Länder nach USA. ist sichtbar. Belgien hat seinen Import nach den Vereinigten Staaten bereits im ersten Halbjahr seit dem Bestehen des Vertrages um 65 Prozent gesteigert, Schweden seinen Export nach Amerika in 2 Monaten fast um die Hälfte.

Von dieser Bevorzugung ist Deutschland ausgeschlossen, sie geht hauptsächlich auf seine Kosten. Denn Schacht hat im vorigen Jahre den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag gekündigt, der Deutschland verpflichtete, Amerika handelspolitisch nicht schlechter zu stellen als andere Länder. Damit wollte er handelspolitische Zugeständnisse für die deutsche Ausfuhr erzwingen. Die Amerikaner lehnten aber Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag ab, weil Schacht sie nicht nur als Warenlieferanten, sondern auch als Gläubiger anderen Ländern gegenüber benachteiligt hatte. Er hatte gehofft, mit dieser zwiefachen Erpressung die Amerikaner zu zwingen, ihre Rohstofflieferungen nach Deutschland selbst zu bezahlen. »Je mehr das amerikanische Handelsvertragsprogramm fortschrittete, schreibt der Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 19. Februar, »umso mehr droht sich also die handelspolitische Lage Deutschlands zu verschlechtern.« Verhandlungen der USA. mit Frankreich sind bereits im Gange, mit England sollen sie demnächst aufgenommen werden. Die Folge des vertragslosen Zustandes zwischen Deutschland und Amerika ist nicht nur ein zusätzliches Hemmnis bei der Ausfuhr von Fertigwaren, sondern auch bei der Einfuhr von Rohstoffen sowohl aus USA. wie aus den Ländern, die als Rohstofflieferanten in USA. Bevorzugung genießen.

Mit Polen besteht seit November ein neuer Wirtschaftsvertrag, die Warenumsätze waren aber bereits in den ersten beiden Monaten seit Inkrafttreten um ein Drittel gesunken. Die Ausfuhr nach Deutschland wird von Polen gedrosselt, weil Deutschland mit der Bezahlung alter Warenschulden noch im Rückstand ist. Der Absatz einer ganzen Reihe deutscher Waren in Polen stößt, wie der »Deutsche Volkswirt« mittelt, auf Hindernisse, weil ihre Einfuhr nur durch die Einfuhrprämie ermöglicht war, die die Bezahlung in entwerteter Reichsmark darstellte. Diese Möglichkeit besteht nach dem Inkrafttreten des neuen Vertrages nicht mehr. Polnische Wirtschaftsblätter weisen darauf hin, daß »die Preise der meisten deutschen Waren für Polen zu hoch seien.« Der Rückgang der deutschen Einfuhr erschwert ihre Aufrechterhaltung gegen Schuldrückstände. Die Einfuhr nach Deutschland wird also gedrosselt, um das deutsche Schuldkonto nicht noch weiter anschwellen zu lassen. Die Drosselung der Einfuhr trifft aber Hitlerdeutschland noch schwerer als die Hemmnisse der Ausfuhr, weil diese in den Dienst jener und damit in den Dienst der Aufrüstung gestellt wird.

Deshalb ist für das Regime sehr schmerzlich, die am 20. Januar in Kraft getretene Verordnung der Sowjet-Union über die Einschränkung der Ausfuhr nach den Ländern, deren Devisengesetzgebung die freie Verfügung über den Erlös der eingeführten Auslandswaren verbietet. Diese Verordnung ist die Antwort auf eine einseitige Verfügung Schachts, wonach die russische Einfuhr nur zugelassen wird, wenn die dafür zu zahlenden Markbeträge zu neuen Bestellungen über die im deutsch-russischen Wirtschaftsabkommen vereinbarte Menge hinaus verwendet werden. Die Sowjet-Union hat diesen Druck nicht nachgegeben, sondern ihn mit Gegenruck beantwortet, weil sie die deutschen Maschinen leichter entbehren kann als Deutschland die russischen Rohstoffe, denn sie kann in England mit abgewerteten Pfunden billiger kaufen als in dem überbewerteten Deutschland.

Auch Frankreich ist bestrebt, seine Ausfuhr nach Deutschland einzuschränken, um seine unbezahlten Forderungen nicht noch weiter anwachsen zu lassen. Es will in Zukunft nur noch Waren in Kompensation, d. h. im Tausch Ware gegen Ware liefern. Das würde uns, meint »Der deutsche Volkswirt«, in unserer derzeitigen Rohstofflage wenig nutzen, wenn wir für die Ausfuhr aus Frankreich nicht auswählen können, was uns an Waren paßt.

Es zeigt sich also, daß die Methode Schachts, die Aufrüstung von den mit ihr bedrohten Völkern bezahlen zu lassen, ihre Wirkung einbüßt, weil Hitlerdeutschland mehr Sorge hat, Rohstoffe zu bekommen, als die übrige Welt, sie abzusetzen. G. A. Frey.

Robespierre im „Dritten Reich“

Lange ehe Deutschland mit Kloakenfarbe angestrichen wurde, nannte die Berliner Zeitschrift »Deutsche Republik« den Osaf einmal einen »Lodlhütl-Robespierre«. In der Tat fehlt es im Persönlichen wie im Politischen nicht an Vergleichspunkten zwischen beiden Gestalten, obwohl die eine aus der Weltgeschichte, die andere aus Castans Panoptikum stammt. Der mickrig kleinbürgerliche Zug um die Beine, die Humorlosigkeit gepaart mit sturem Fanatismus, die klobige Weltanschauung, die nur Schwarz und Weiß kennt, der Versuch, das Rad der Wirtschaftsentwicklung um Menschenalter zurückzudrehen, der kalte Haß auf den politischen Gegner, der Irrglaube, durch Gewalt und Schrecken Menschen ändern zu können, der Drang, Köpfe rollen zu lassen — all das eignet dem einen wie dem andern, und selbst wenn unlängst ein Zeremoniell für ein nationalsozialistisches Hochamt kundgegeben wurde, das dem »Führer« auf den Tempelstufen der Feldherrnhalle hohen priesterlichen Hokuspokus zuschrieb —

Sein Schreiten ist ein Gebet...
Ist es, ins Kitschige karikiert, Robespierre beim Fest des Höchsten Wesens.

Ueber den einen, über Hitler, darf, bei schwerer Gefahr für Leib und Leben, im »Dritten Reich« nicht anders geredet werden, als der tibetanische Buddha-Priester vom Dalsi-Lama spricht. Also läßt man sich desto ungescheuter über den andern, über Robespierre, aus. Oder sollte es ein merkwürdiger Zufall sein, daß im gleichen Augenblick zwei Bücher über den gleichen Gegenstand, von Friedrich Sieburg und Peter Richard Rohden, erscheinen? Allerdings handelt es sich nicht um ausgesprochene Schlüsselhistorie wie »Der Romantiker auf dem Throne der Cäsaren« von Strauß, der auf Friedrich Wilhelm IV., oder wie »Caligula« von Quidde, der auf Wilhelm II. zielte. Es sind auch keine dünnen Broschüren, sondern ausgewachsene Bücher, die überdies durch Niveau von dem Durchschnittsgeschreibsel im Bereich der »Reichskulturkammer« erfreulich abstechen. Rohdens »Robespierre« rollt die »Tragödie des politischen Ideologen« in gründlicher, hieb- und stichfester, plastischer monographischer Darstellung auf, und von Sieburgs »Robespierre« gilt immerhin, was der ledernste aller Hohenzollern an den Rand einer Denkschrift Steins setzte: »Als Poesie gut!« Dieser Pariser Redakteur der »Frankfurter Zeitung« ist ein überaus wendiger Charakter, eine Glanznummer für ein künftiges Wörterbuch der politischen Wetterfahnen, da er es fertig brachte, sein vorletztes Buch als »Zeichen der geistigen und kämpferischen Verbundenheit« dem Juden und Demokraten Heinrich Simon zu widmen und fast im selben Atemzug Hitler, den »Staatsmann« der Judenhetze und Demokratenverfolgung, überschwänglich zu feiern. Aber zu schreiben versteht er: trotz mancher Schiefheiten und Irrtümer weiß er »das Atmosphärische«, die Stimmung der Revolution, ausgezeichnet wiederzugeben, und sein Porträt Saint-Justs ist mit unvergeßlichen Pastellfarben gemalt.

Jederzeit können denn Rohden wie Sieburg mit freier Stirn behaupten, daß sie über das Jahr 1794 nicht hinausgedacht haben. Beweise ihnen mal einer, daß sie nach der Gegenwart hinüberblinzeln! Sie sorgen ja auch vorsichtig für ein Alibi, indem sie ab und zu in den braunen Jargon verfallen. Rohden spricht von »Umbruch« und »Blut und Boden« und zuckt über »die Ideale von 1789« die Achsel, Sieburg hat es mit dem Rationalismus des 18. Jahrhunderts und findet viele Artikel der »Enzyklopädie«, die doch wie ein ungeheures Feuersignal aufflammte, »flüchtig und geradezu gleichgültig«, und wenn wiederum Rohden über »die melodramatische Tendenz« eines neueren französischen Historikers spottet, »die Ereignisse von 1789 auf ein »Komplot« zurückzuführen«, denkt er natürlich nicht im Traum an die Geschichtsklitterer im Braunhemd, die alle ihnen peinlichen Begebenheiten der Weltgeschichte auf »Komplotte« der Juden, Marxisten und Freimaurer zurückführen. Ja, mehr! Als es 1789 um die Frage ging, ob den bis dahin unterdrückten Juden die Staatsbürgerrechte zuzubilligen seien, sprach sich Robespierre mit der klarsten

Eindeutigkeit dafür aus; die Verfolgung der Juden brandmarkte er in der Konstituante als »nationale Verbrechen«, die wir gutmachen müssen, indem wir ihnen die unveräußerlichen Rechte zurückerstatten, deren keine menschliche Macht sie berauben konnte... Geben wir sie dem Glück, dem Vaterland, der Tugend wieder, indem wir ihnen die Menschen- und Bürgerwürde wiedergeben«. Diese gerade heute bedeutsame Haltung Robespierre erwähnt Sieburg mit ganzen zwei Worten, während Rohden bemerkt, daß sich lediglich »vom Standpunkt der rationalistischen Philosophie des 18. Jahrhunderts« nichts gegen Robespierres These zur Judenfrage einwenden lasse.

Und dennoch! Ob sie wollen oder nicht, Sieburg und Rohden entwerfen das Bild einer Zeit, das auch dem arglosen Beschau-

Jakobinerklub mit seinen fast zweitausend Tochtergesellschaften, die über das ganze Land verstreut sind, ist die eigentliche Grundlage der Schreckensherrschaft; in diesem Zusammenhang zitiert er André Chénier, und dieser Dichter, 1794 guillotiniert, dachte doch unmöglich an eine Parallelercheinung der Jahre 1933 bis 1936, wenn er über jene politische Gesellschaft schrieb:

Da wird jeder Blödsinn bewundert, wenn er nur meuchlerisch, jede Lüge wird geglaubt, wen sie nur mörderisch ist. Weiber gehen hin, um den Ausbrüchen blutdürstigen Aberwitzes Beifall zu klatschen. Dort werden die Bescheinigungen über Gesinnungstüchtigkeit ausgestellt. Alle Mitglieder und Freunde dieser Bruderschaften sind gute Bürger, der Rest sind Heuchler. Die bloße Zulassung zu diesem Bund wäscht wie die

blicken«. Sein Weltbild ist so primitiv wie möglich, da er unablässig politische und moralische Begriffe durcheinanderquirlt, er fröhnt der »Ueberzeugung, daß die Menschheit in Gute und Böse, oder, um es theologisch auszudrücken, in Erwählte und Verdammte zerfällt« (Rohden). »Er hat«, tut Sieburg dar,

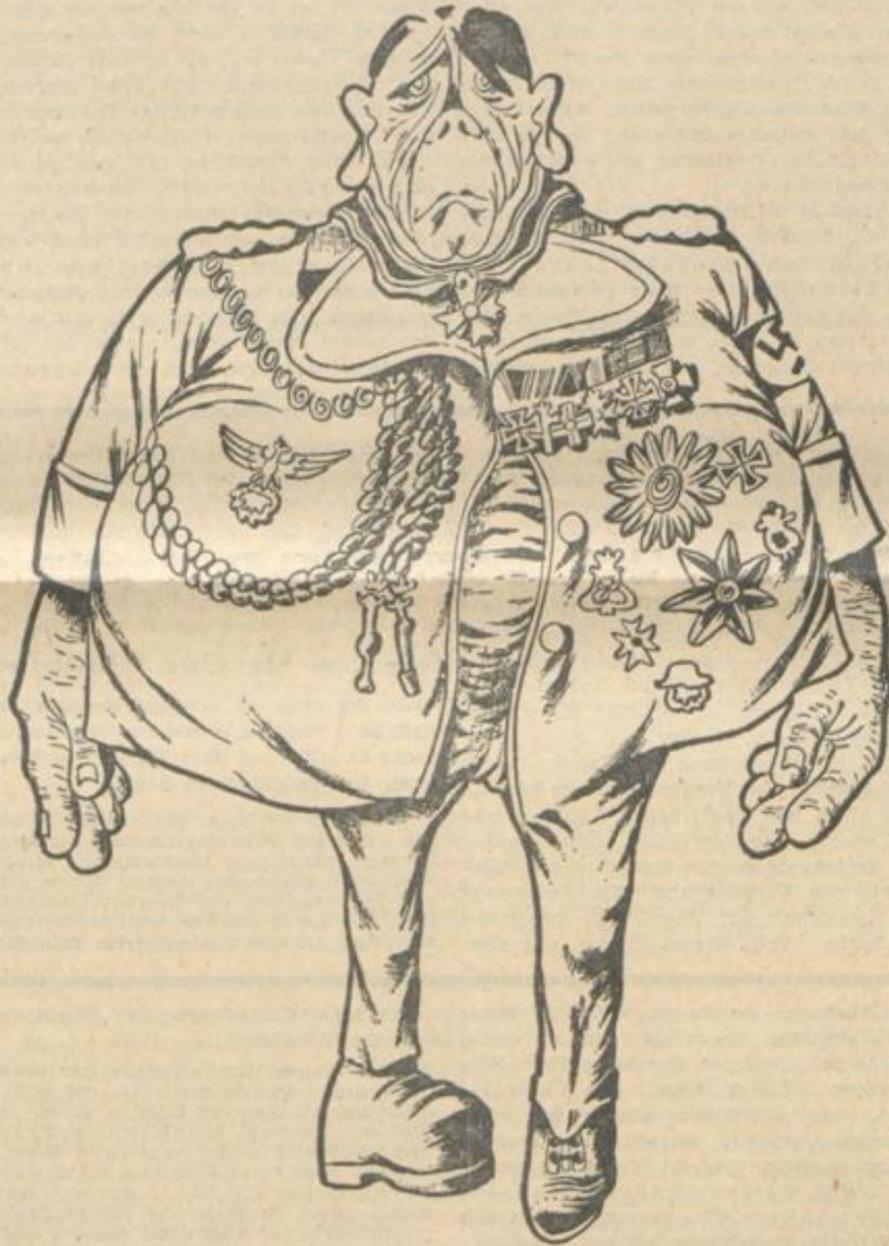
den Ablauf seiner in Politik übersetzten Doktrin genau berechnet; nichts kann mehr fehlgehen, die Rechnung muß sich auflösen, und wenn nun die Fäden sich doch verwirren, so kann nur der böse Wille der Menschen daran schuld sein. Darum sind seine Lieblingsworte »Verschwörung«, »Deckmantel«, »Maske«, »Entlarvung«, »Verrat« und »Schurkerei«. Er macht von diesen Worten einen so übermäßigen Gebrauch, daß die Polizei und die Gerichte kaum noch imstande sind, andere Bezeichnungen anzuwenden, und das auf ein Aktenstück geschriebene Wort »Verschwörung« überhaupt nichts anderes mehr besagt, als daß der Mann aus der Welt geschafft werden soll.

Manche seiner Reden mache, meint Rohden, auf den unbeteiligten Beobachter den Eindruck, »es mit einem Menschen zu tun zu haben, der an Verfolgungswahn leidet«. »Mangel an innerer und äußerer Sicherheit« stellt auch Sieburg fest: »Ihm fehlt die Unbefangenheit dem Leben gegenüber, das ihm infolgedessen voll von Gefahren und feindseligen Drohungen erscheint«. Er ist deshalb verantwortungslos und dennoch ohne Hemmungen, »weil bei ihm Person und Idee zu einer unauflöselichen Einheit verschmelzen« (Rohden).

Um die Wirkung seiner Rede zu schildern, führt Sieburg einen Zeitgenossen an: »Mir dröhnten die Ohren. Das war nicht mehr Beifall, sondern Schluchzer der Rührung, Schreie, Erschütterungen, daß der Saal erbebte«. Ein großer, ein unvergleichlicher Redner also? Mit nichten! Durch seinen völligen Mangel an Humor ist er der Gefahr ausgesetzt, in den Ton eines Evangelisten zu verfallen; er gleitet bei jeder Gelegenheit in Verallgemeinerungen ab; seine Rede plätschert von einem Gemeinplatz zum andern; nur äußerst selten gelingt ihm ein wirklich anschaulicher Satz. Er braucht denn auch »als Träger einer neuen Heilsbotschaft ein präpariertes, auf seinen hymnischen Ton innerlich eingestelltes Auditorium«; »vor einer seelisch nicht präparierten Zuhörerschaft gestellt«, vermutet Rohden, »würde er aller Wahrscheinlichkeit nach völlig versagt haben«. Er ist überhaupt »ein Durchschnittsmensch, der nicht Geschichte macht, sondern von der Geschichte gemacht wird«, ein Getriebener, dem das ironische Schicksal »eine Rolle zuweist, der er nicht gewachsen ist; die Rolle des Führers«. Seinen schwärmerischen Verehrerinnen freilich erscheint er als »ein Prophet, ja ein Wundertäter, der bald das Paradies auf Erden errichten wird«; sie jubeln ihm hysterisch schrankenlos zu, »aber wirklich normale Beziehungen zu einer Frau? Ja, da ist diese und jene, über die man allerlei munkelt... aber zu heiraten entschließt er sich nicht; Sieburg beklagt ihn, »daß ihm der süße Schmerz, die verzehrende Leidenschaft und der tiefgestillte Friede, die nur die Frau dem Mann bereiten kann, versagt waren... Aber, Herr Nachbar, das ist ja Zug um Zug und Haar um Haar das Bild von — Psst! Psst! Keine Namen nennen! Die Gestapo lauert!

Der Staat aber, dessen mächtigster Mann dieser Durchschnittsmensch ist, erhebt den »Totalitätsanspruch«. Um das Individuum restlos in die Nation einzuschmelzen, fallen alle »Zwischengewalten«, die schützend zwischen dem Einzelnen und dem Staat standen, oder wie Sieburg es faßt: »Die Kasten und Klassen, die Stände und Körperschaften, die Kirchen und die Obrigkeiten, ja die Familie und der Besitz werden fragwürdig und verhindern die unmittelbare Wechselwirkung zwischen Mensch und Staat«. Darum verschlingt »der Staat erst alles Leben, dann den Menschen selbst«. Es gibt »keinen Schlupfwinkel des Privatlebens mehr«; der Staat saugt »täglich stärker das Gesamtleben auf und breitet sich schnell auf alle Gebiete des Alltags und persönlichen Daseins aus« (Sieburg), und wiederum:

Der Higögö



Zeichnung von Henry Dubois.

oder das Ergebnis totaler Rassenreinheit

er alle Naselang ein verdutztes: Aha! abnötigt. Wie sieht die Titelgestalt der beiden Werke aus? Er ist »in viel geringerem Maße Persönlichkeit und in viel höherem Maße Typus als die anderen Protagonisten der Revolution«, (Rohden), also kein schöpferischer Uebermensch, sondern einfach der Exponent einer Bewegung oder wenn man will, »der Heilige einer Kirche, die keinen andern Gott hat als »das legitime Volk«, ein Begriff, der nicht Fleisch und Blut werden kann« (Sieburg). Immer redet er vom Volk, den Willen des Volkes erhebt er zum Dogma, aber er allein glaubt sich befugt, »mit Hilfe des mystischen Erlebens« sagen zu können, was das Volk ist und will. In der Praxis kommt es darauf hinaus, daß er Volk gleichsetzt mit der nationalsozialistischen — nicht doch, mit dem Jakobinerklub. »Der Aufstieg des Unbestechlichen«, sagt Rohden, ist »nicht der Aufstieg eines Individuums, sondern der Aufstieg des Jakobinerklubs überhaupt«, und Sieburg unterstreicht: »Der

Taufe Konstantins alle Verbrechen ab, löscht Blut- und Mordtaten aus. Diese Gesellschaften bilden, Hand in Hand verschlungen, eine elektrische Kette rings um Frankreich. Im gleichen Augenblicke regen sie sich in allen Winkeln des Reiches, stoßen denselben Schrei aus, vollführen dieselben Bewegungen.

Was aber ist der von dieser Strömung Hochgetragene für ein Mensch? Er ist, bekundet Rohden, der »Prototyp des revolutionären Ekstatikers«, nicht etwa »ein Staatsmann, der die Menschen nimmt, wie sie sind, sondern ein Ideologe, der wie gebannt auf ein imaginäres Seinsollen starrt«, gewiß kein Staatsmann, bekräftigt Sieburg, denn zum Wesen des Staatsmannes gehört »die Rücksichtnahme auf den Menschen als das letzte Ziel und die letzte Instanz aller Gemeinschaft. Das bedingt die Fähigkeit, sein eigenes Land im Weltzusammenhang zu sehen, und somit keinen unlösbaren Widerspruch zwischen dem Universalen und dem Nationalen zu er-

Die neue Parole

Verstehen und Vermenschlichung in der Außenpolitik

»Jedes Verhalten des einzelnen Menschen ist unter allen Umständen eine politische Angelegenheit, ob es sich nun auf politische oder rein persönliche Dinge erstreckt.« Darum Unfreiheit und Knechtung auf der ganzen Linie! Ueber dem Parlament ein bleierne Schweigen, und »die Presse verlor den Rest von Unabhängigkeit, dessen sie sich bis dahin noch erfreute.« Die Bespitzelung nimmt ausschweifende Formen an. »Niemand in der Weltgeschichte«, sagt Sieburg mit frommem Augenaufschlag, »ist die Angeberei so systematisch, so massenhaft und so wirkungsvoll betrieben worden... Während der Polizist sonst nur mit den Nachtseiten des öffentlichen Lebens zu tun hat, ist er hier mit dessen schönstem und reinstem Teil, nämlich der Idee, beschäftigt.« Denunziert aber heißt meist schon gerichtet, denn der Staat, dessen »Justiz nicht gegen Verbrecher, sondern gegen Gesinnungen, ja gegen bestimmte Menschentypen vorgeht« (Sieburg), macht sich daran, für die Gejagten »alle Rechtssicherungen systematisch abzuschaffen« (Rohden) und erreicht damit, daß den Terroristen jeder Bürger »auf Gnade und Ungnade ausgeliefert« ist. In diesem Zerrbild einer Rechtspflege gibt es schließlich »Einzelheiten, welche die furchtbare Heuchelei eines als Justiz auftretenden Ausrottungssystems in einer Weise bloßstellen, daß die Welt vor Entsetzen aufschreit« (Sieburg). Daß die Welt vor Entsetzen aufschreit? Aber all das trifft doch bis ins Kleinste haarscharf auf — Vorsicht! Vorsicht! Am Nebentisch macht ein Spitzel die Ohren lang!

Unter diesem System verwandelt sich das Land »in einen lichtlosen Kerker, der von den Seufzern der guten Bürger und dem Hohnlachen der Halunken erfüllt« ist (Sieburg); eine Atmosphäre herrscht, in der das Volk zu erstricken droht. Wie lange aber kann »eine politische Gemeinschaft diesen neurotischen Spannungszustand ertragen, der das ganze Land moralisch in zwei Lager teilt: die guten und die schlechten Bürger« (Rohden)? Wirklich nicht lange, denn was Robespierre zu Fall bringt, ist, immer nach Sieburg und Rohden, nicht in erster Reihe das kapitalistische Großbürgertum, dem sein »Pseudo-Sozialismus« wider den Strich geht, noch weniger die Demokratie, sondern der Alltag ist es, der gegen ihn rebelliert und über ihn triumphiert. Vergebens ersetzt man »die fehlende Brotration« durch Massenfeste, die alles bisher Dagewesene in Schatten stellen sollen; unerträglich wird dem Volk »die unablässige Bespitzelung, das gegenseitige Mißtrauen, die ständigen Eingriffe in den Alltag, in Essen, Trinken, Kleidung usw.« (Rohden). Der Sieger vom 9. Thermidor ist darum zunächst

der Privatmann, der sagt: Das habe ich ja gar nicht gewollt! Was mir vorschwebte, war eine vernünftige Gesellschaftsordnung, in deren Schutz ich ruhig meinen Geschäften nachgehen konnte. Nun aber nötigt man mir eine ekstatische Haltung auf, die mir im

In der deutschen Presse wimmelt es von Verständigungsartikeln. Der französisch-russische Pakt ist perfekt, Deutschland isoliert, Italien beharrt auch auf seinem österreichischen Standpunkt, der braunen Aufrüstung geht der Atem aus — es wäre doch des Teufels, wenn jetzt Frankreich nicht endlich an den Friedenswillen des Führers glauben wollte, wo doch alle deutschen Blätter das Gleiche versichern! Kühn werden alte braune Tafeln zertrümmert. Die DAZ überschreibt einen solchen Werbeartikel: »Unsinn der Erbfeindschaft«. Noch vor wenigen Monaten hätte auf diese Überschrift allein KZ gestanden.

Und dann gehts dem Unsinn zu Leibe: »In vielen Teilen dieses Erdteiles regiert die Angst, gegründet auf dem Mißtrauen. Warum?« Meistens wegen Mißverständnissen. Aber Angst vor der unvernünftigen Masse und vor »suggestiblen Massenbewegungen« ist nicht mehr nötig:

Die »Masse« im Sinne des vorigen Jahrhunderts hat in unserer heutigen deutschen Sozialordnung keinen Platz mehr; sie ist durch eine autoritäre Führung »in Form gebracht«.

Und die autoritäre Führung macht mit dieser Masse, was der Führer will. Und was er will, das hat er doch längst in einem Interview wieder mal versprochen: den Frieden. Klar. Auch die allgemeine Angst vorm deutschen Militarismus geht falsch; sie mißversteht den deutschen Menschen, der ja nur eine friedliche »Verbindung von Preußentum und Romantik« ist.

»Daß es ein Marschieren »an sich«, daß es die Uniform als Symbol, daß es das Soldatische jenseits jedes Militärischen geben kann (wie doch für die Engländer auch jenseits des Sports das »fair play«) — dies ist für den westeuropäischen Menschen, solange er in seinem

Horizont verbleibt, etwas Fremdes, kaum Verständliches. Diese deutschen Aeußerungen werden in das westliche Schema eingeordnet, sie erhalten einen falschen Stellenwert — und die Konstruktion der »deutschen Gefahr« ist dann sehr rasch fertig. Hier kann nur der Appell helfen, den kürzlich ein Deutscher in Paris aussprach: Vor der Verständigung das Verstehen.« Die deutschen Rüstungen und Kasernenbauten geschehen ja wohl auch nur, um dieser deutschen Romantik zu genügen. Das Mißtrauen muß aufhören, wenn auch in Hitlers »Kampf« was anderes steht:

»Ich will, so sagte der Führer jetzt zu einem Franzosen, »meinem Volke beweisen, daß der Begriff der Erbfeindschaft zwischen Frankreich und Deutschland ein Unsinn ist.«

Brav landet er sich seinen Kinnhaken, bei Wotan! Außenpolitische »Planung der großen Völker nach gewissen Spielregeln« muß her, sagt die DAZ, nur andere Planung, als der Völkerbund denkt, nämlich durch »zweiseitige Pakte«.

»Überall spürt man heute das Fehlen des Gleichgewichtes in Europa. Angst und Mißtrauen entstehen, wenn aus diesem Wissen — oft ist es auch nur ein unterdrücktes Gefühl — nicht die Folgerungen gezogen werden... Es ist kein Gemeinschaftsbeitrag, wenn durch kaum übersehbare und doch kriegstrüchtige Pakteformeln eine Gewaltlösung verweigert werden soll. Es kommt alles darauf an, die Außenpolitik zu vermenschlichen. Hierfür steht in dem Vorschlag Deutschlands, die europäische Ordnung von unten her (statt vom Genfer Dach) auf zweiseitigen Abkommen zwischen souveränen Nationen aufzubauen, eine Methode bereit. Nur wenn sich in den Staatsverträgen auch die Völker selbst begegnen, wird die mensch-

liche Substanz in der Außenpolitik bewahrt bleiben und dann auch für sie bürgen.«

Nachdem die Braunen so lange den Krieg vorbereitet, besungen und selbst die Achtjährigen militarisiert haben — »Blut und Eisen« steht auf den Dolchen der Hitlerjugend —, besinnen sie sich plötzlich auf die Vermenschlichung und die »menschliche Substanz in der Außenpolitik«

Eines an diesem Artikel ist richtig: das deutsche Volk will keinen Krieg. Es hat vom Weltkrieg genau so die Nase voll wie andere Völker. Es lehnt den Kriegsgestirter Despoten ab. Mit ihrem Wissen und Willen werden in deutschen Konzentrationslagern die Menschen gepoltert, die längst vor Hitler für Vermenschlichung eingetreten sind, werden geschunden, weil sie Menschlichkeit, Frieden und Völkerverständigung verfochten haben. Für diese »Vermenschlichung der Außenpolitik« wurden viele der Besten von Hitlers Schindern gemordet. Es ist das ungeheure Verbrechen dieses Regimes, in Wort und Tat alles getan zu haben, was Recht und Menschlichkeit töten und gemeingefährliches Mißtrauen in der Welt züchten mußte.

Wir werden binnen kurzem in deutschen Zeitungen lesen, daß Hitler auch den Krieg gegen Rußland nie, nie gepredigt hat, daß man auch mit Rußland in Frieden leben will und Rosenbergs östliches Eroberungsprogramm einer Periode angehört, die — wie Hitlers Kriegsdrohung gegen Frankreich in seinen Memoiren — längst nicht mehr gilt. Und entrüstet wird die deutsche Presse auf Kommando fragen, warum man dem Führer nicht glaubt, wenn er es sagt.

Selbst der kleine Moritz hat mehr Sinn für politische Logik und für das, was man anderen Ländern an halber Gutgläubigkeit zumuten kann, als diese Desperados und Bankrotteure.

Grunde ganz fremd ist. Ich kann in dieser Atmosphäre des Dauer-Enthusiasmus nicht atmen! Ich will zum Alltag, ich will zu meinem Laden, zu meiner Werkstatt, ich will zu meiner Frau und meinen Kindern zurück. (Rohden).

Auch wenn andere Sorgen als Robespierre und die französische Schreckensherrschaft näher liegen, vermag sich also in die Bücher Sieburgs und Rohdens mit Gewinn und Genuß zu vertiefen. Aber dem Geschichtskenner bleibt am Ende ein schaler Nachgeschmack im Munde. Vergleichspunkte hin, Vergleichspunkte her — trotz allem war das Regime Robespierres ein Versuch, eine Revolution nicht versacken zu lassen, die im Kampf gegen alle Mächte der Vergangenheit die Befreiung der Menschheit auf ihre Fahne geschrieben hatte. Von diesem Terror gilt das

Wort eines Jaurès, daß Revolutionen die »barbarische Form des Fortschritts« sind. Die Schreckensherrschaft des »Lodhüttel-Robespierre« aber ist nichts als die barbarischste Form des Rückschritts.

Pierre Ponce.

Heiraten Sie eine Blutlinie!

Wie der deutsche »Öffentliche Gesundheitsdienst« berichtet, erklärte Ministerialdirektor Dr. Gütt auf einer Tagung der Neurologen und Psychiater in Berlin,

»daß sich der Staat nicht damit begnügen wolle, mit Hilfe des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses einige Erblinien auszumerzen, sondern daß es sich um die Gesundheit des Gesamtvolkes handle. Den Erfolg sehe er nicht in der Sterilisierung an sich, sondern darin, daß man

jeden Deutschen zu dem Streben nach Erbgesundheit und Rassenreinheit erziehe, daß es dahin komme, daß der deutsche Jungling ein rasches und erbbiologisch einwandfreies Mädchen heiratet, und umgekehrt, daß deutsche Eltern nur noch erbgesunden Männern ihre Kinder geben. Wir müßten dahin gelangen, daß nicht das Geld geheiratet werde, sondern wie früher wieder, in die Familie und in die Blutlinie.«

Nicht Menschen sollen einander die Hände reichen, sondern einwandfreie Blutlinien, nicht auf Zuneigung und Liebe kommt es an — die sind nur in Romanen und Dramen erwünscht —, sondern auf Sippenfahne und Ahnenreihe. Sie geben vor, den Materialismus zu bekämpfen, diese Erbblinien-schleicher, und bilden in Wahrheit einen Zuchthof-Materialismus heran, der mit seiner verlogenen Phraseologie zehnmal schlimmer ist als die kaltschnäuzige Zweckbetontheit bürgerlicher Heiratsmoral.

»Wenn der Mops mit der Wurst« ...

Die zensierte Tollität.

Wenn wir der Presse des Dritten Reiches glauben dürfen, ist in der vergangenen Woche durch West- und Süddeutschland ein Karneval von seltener Laune und Turbulenz gerauscht. In langen Spalten wird vom sonnigen Volke berichtet, das die Scherze der Büttnerredner belacht, den Umzügen zugejubelt und in Frohlaune auf unzähligen Bühnen bei stärksten Konsum patentdeutscher Alkoholika bis in die grauen Morgenstunden des Aschermittwochs ausgeharrt habe. In Köln ist es ein »Fest der ganzen Stadt« gewesen, wie die »Kölnische Zeitung« feststellt. Düsseldorf hat »mobil« gemacht. In Bonn hat der Gelatierzug der Teufel und Hexen einen »glänzensten Sieg fröhlichster Narrheit« errungen. Während Aachen in »Drehe, Münster in der »Stratosphäre« gewesen sei, habe in Essen »alles an einem Stricke« gezogen, zum tiefsten Kummer der Bochumer und der Dortmunder, wo es beim besten Willen nicht gelinge, einen »arteigenen« Karneval zu schaffen.

Den Teufel spürt das Völkische nie... In der Amtsstube des Prinzen Karneval hatte sich allenthalben der Zensor niedergelassen, der diesmal eine strengere Aufsicht über die Tollität führte als je zuvor. Aber er zensierte nicht nur. Den Büttnerrednern wurden die Themen vorgeschrieben, die diese humorig zu absolvieren hatten. Befehlsgemäß wurden Frankreich und dem Völkerbunde Rippenstöße verteilt. Im Kölner Rosenmontagszug sah man Marianne als unförmig

dicke Madame, die die ganze Welt in ihren muskelbepackten Armen hält; nur der deutsche Michel macht ihr eine lange Nase. Ein besonders beliebtes Thema war Abessinien, dessen Soldaten in schauerlichen Verzerrungen karikiert wurden. Im Bonner Rosenmontagszug trug ein Wagen das Kennwort »Wir wollen unsere Kolonien wieder haben«. Eingeborene aus fast allen Erdteilen marschierten mit und in prachtvollen Exemplaren war die gesamte Tierwelt der heißen Zone vertreten...

Noch interessanter aber waren die parteiamtlich genehmigten innenpolitischen Aspekte. In Mainz wurde im Zuge eine »Reise nach Jüdieland« bejubelt. Man sah, wie heftig gestikulierende Kaftanjuden wehklagend vom Dritten Reiche Abschied nahmen. Der Glanzpunkt des Mainzer Zuges war jedoch ein Spezialfuhrwerk: »Dachau«. Nicht etwa, daß man die Schmerzensschreie Gefolterter vernahm, auch das Moaridil wurde nicht gesungen, sondern in gut ausgerichteter Menschenreihe standen da die Resultate erfolgreicher nationalsozialistischer Erziehung, die nach ihren sozialdemokratischen und kommunistischen Abirrungen das jubelnde Bekenntnis zur »Völkergemeinschaft« herauschrien. Ohne vor Scham zu erröten, fügt der Karnevalsberichterstatler der »Kölnischen Zeitung« hinzu, daß nebenher »meckern« die Ziegen« gehüpft seien, um die Greuelmärchen der Emigranten zu verhöhnen.

In Köln war es ein »Bild der tausend Farben«, der Pracht und des Glanzes«. Der Chronist bemerkt indes gerechterweise, daß es unter den Prinzen und Funken nicht ganz

an den banalen Problemen des Alltags gefehlt habe. Wörtlich:

»Ein Wagen hieß: »Kumme mer üvver der Hungk, kumme mer üvver der Stätz« (Kommen wir über den Hund, kommen wir über den Schwanz) Meckerer spazieren schnüffend umher, Hamsterer wohlgenährt und gutversorgt, tragen ein Schild: Mer sinn satt. Hinter diesen Gruppen der fideles Zunftbrüder folgte der Wagen, auf dem der deutsche Michel über einen Hund springt, hinter dessen Schwanz sich ein Butterfaß befindet, das auf dem Reichtum von Speck und Schinken ruht.«

Ob es unter den Kölnern einige gegeben hat, die respektlos genug waren, sich die »Sattens« in den betreten Uniformen ihrer braunen Oberbonzen vorzustellen? Gleich hinterher trolte ein mächtig aufgeblasenes Schwein mit dem Zylinderhut auf dem Kopfe, das nach dem Programm des Rosenmontagszug diesen Satz veranschaulichen sollte: »Die et am ezte merke, sinn die größte Ferke« (die es am frühesten merken, sind die größten Ferkel.) Das sollte Volkshumor gegen die Demozantanten sein, die ihre Bläsel in das Privatleben der neuen Herren zu senken belieben, um an den Blüten der braunen Moral zu schnuppern. Weitere satirische Ausschreitungen waren nicht erlaubt. Dafür wurden in die spallerbildende Menge Karamellen in großen Mengen geworfen. Was braucht das Volk Butter, Speck und Schinken, wenn es noch Bonbons gibt?

Der springende Hund des Kölner Karnevalszuges hat einen berühmten Vorläufer in der deutschen politischen Geschichte. Nämlich jenen klassischen Mops der Gegenrevo-

lution nach 1848, dem auf unzähligen Flugblättern zur Tröstung des geknebelten deutschen Bürgers die Spottverse gewidmet wurden:

»Wenn der Mops mit der Wurst übern Spucknapf springt, und der Storch in der Luft den Frosch verschlingt...«

wenn der Spucknapf mit der Wurst übern Frosch wegspringt, und der Storch in den Mops die Luft verschlingt...«

Und so weiter, in unendlichen Varianten. Diese Persiflage auf den Maulkorb versah der Autor mit folgendem Kommentar:

»Ich finde mich veranlaßt, ausdrücklich zu erklären, daß mein Mops-Frosch-Spucknapf-Lied durchaus kein politisches Lied und ich kein politischer Dichter bin, ja, sogar mich zu einer polizeilichen Klarstellung veranlaßt finden müßte, wenn man etwa gar die harmlose Wiederholung am Ende so deuten wollte, als sei man in Deutschland wieder zum alten Thema zurückgekehrt, was äquivalent mit dem Vorwurfe einer Reaktion wäre, und den verdienten unsere braven Regierungen für ihre viele Mühe in Erfurt, Frankfurt und Dresden durchaus nicht.«

Keiner dieser Regierungen ist damals gegen den treuerhizigen Verfasser eingeschritten. Heute? Mitten im dritten Karneval des Dritten Reiches würde man ihn wegen hinterhältiger Angriffe auf Führer und Staat verhaften, und die beiden schwarzen Panther, die den goldenen Thron des Kölner Prinzen Karneval Fritz des Zweiten beschützten, würden sich keineswegs nur symbolisch auf ihn stürzen und ihn zerfleischen.

Andreas Howald.

Wieviel kostet die rassistische Ehre?

Die deutschen Rasse-Anbeter behaupten täglich aufs neue, ihr sogenannter Rassestolz und ihre sogenannte Rassen Ehre seien ihnen das Höchste auf der Welt. Wir stellen fest, daß dieses »Höchste« genau so abdingbar und genau so käuflich ist wie alles, was die Nationalsozialisten als ihr unveräußerliches Ideengut bezeichnen. Hier der Beweis:

Um ein paar Sportpreise mehr vom Olympiadeplatz zu tragen, bedürfen die stolzen deutschen Kämpfer der Hilfe — dreier Juden. Der Jude Helene Mayer, Rudi Ball und Gertrude Bergmann. Diesen drei »Minderassigen« wurde, damit ihnen der Krafteinsatz für Hitlerdeutschland schmackhafter erscheine, die Reichsbürgererschaft angetragen. Daß sie, wie allgemein behauptet wird, unter dieser Bedingung wirklich mit der Hakenkreuzbinde in die Arena steigen wollen, beschäftigt uns hier nur in zweiter Linie. Felle Lumpen gibt es in jedem Lager — das zu betonen sah sich Hitler höchstselbst und nicht nur am 30. Juni 1934 genötigt — und für die verächtliche Haltung einiger Außenseiter wird man wahrlich nicht die gesamte Jüdischheit verantwortlich machen dürfen. Wie aber steht es mit den nationalsozialistischen Werbern der drei jüdischen Sportsleute? Sind sie minder ehrlos? Sind sie nicht Käufer und Gekaufte in einem, bereit, für einen lumpigen Sportpreis das aufzugeben, was sie ihre rassistische Ehre nennen und um dessen willen sie hundertfach gemordet haben? Hier aber handelt es sich nicht um ein paar x-beliebige Einzelgänger, die an all ihren Brüdern schändlichen Verrat begehen, hier handelt es sich um die Exponenten eines ganzen Systems, hier handelt es sich um Menschen, die sich selbst mit dem nationalsozialistischen Staat und mit der nationalsozialistischen Bewegung gleichsetzen und durch deren Handlungen deshalb so Staat wie Bewegung gerichtet werden.

Auf dem letzten braunen Parteitag wurden mit viel Getöse die Nürnberger Gesetze verlesen, die ausdrücklich und mit gewichtigem Pathos bestimmen, solange der Nationalsozialismus regiere, dürften nur Arier die deutsche Reichsbürgererschaft erwerben. Das war im September 1935. Im Februar 1936, kaum fünf Monate später, wird das feierlich verkündete Gesetz schon feierlich und von Staats wegen gebrochen, wird die sogenannte Erneuerung schon wieder verkauft — um einen Sportpreis, um einen Sportpreis. Wir schlagen vor, den fraglichen Passus der Nürnberger Gesetze zu ändern und ihm folgende Fassung zu geben: »Kein Jude, es sei denn, er zahle außergewöhnlich gut, darf künftig deutscher Reichsbürger sein.«

Triumph!

Der »Westen«, Berlin, bringt feil die jubelnde Überschrift: »Autobahn Berlin-Stettin fertig! In drei Stunden

Die Selbstmordsuche frist in Deutschland mit grauenerregender Schnelligkeit um sich, und auch die geflüchtete Statistik vermag der düsteren Ziffern nicht mehr Herr zu werden. Da ist es nicht zu verwundern, daß sich die nationalsozialistischen Seuchenerreger den Kopf zerbrechen, wie dem drastischen Erfolg ihrer eigenen Staatskunst wirkungsvoll zu steuern sei. Es gibt zwei Wege, um dem Selbstmord seine Lockung zu nehmen. Der eine Weg: die Menschen glücklicher zu machen; der andere Weg: sie von dem letzten Verzweiflungsschritt abzuschrecken. Da die nationalsozialistische Schreckensherrschaft den ersten Weg nicht wählen kann, ohne sich selber aufzugeben, bleibt ihr nur der zweite. Und so wird denn in den juristischen Fachkreisen des Reiches bereits eifrig darüber debattiert, ob der Selbstmord nicht von Rechts und Hitlers wegen unter Strafe zu stellen sei. Die Idee ist nicht neu. Es gab und es gibt Länder, in denen man verhinderten Selbstmördern die Welt, der sie entfliehen wollten, durch ein Strafverfahren schmackhafter zu machen sucht. Begründet wird dies Gebaren mit dem Hinweis auf die Heiligkeit des Lebens, die der Mensch auch im eigenen Ich zu achten habe. Es läßt sich denken, daß der Nationalsozialismus mit dieser Begründung wenig anfangen kann, hat er doch alle Zeitungen voll zu tun, dem Volke klar zu machen, wie wenig es auf das Leben »des Einzelnen« ankomme. So mußte denn etwas Anderes gefunden werden, und es wurde gefunden. In der neuesten Nummer der »Deutschen Juristenzeitung« wird die Frage »Ist Selbstmordversuch und Teilnahme hieran strafbar?« auf folgende Weise beantwortet:

»Ausgangspunkt muß nach dem jetzt geltenden Strafrecht § 142 StGB sein. Hier-

von Berlin zum Ostseestrand.« Die respektvollen Leser vertiefen sich in den Text und bekommen runde Augen, denn dort lesen sie:

»Die Strecke wird in drei Abschnitten in Betrieb genommen, und der im Frühjahr fertiggestellte erste Abschnitt reicht von der Auffahrt an der Straße Berlin-Stettin in Kilometer 4 bis zur Abfahrt nach Eberswalde. Es folgt dann der zweite Abschnitt bis zur Abfahrt bei Colbitzow in Kilometer 113, der bis zum Herbst d. J. fertiggestellt werden soll. Der letzte Abschnitt, der mit der Ueberquerung des Odertales besondere Schwierigkeiten bietet, soll bis zum Frühsommer des nächsten Jahres beendet sein.«

Der erste Abschnitt »soll« im Frühjahr, der zweite Abschnitt »soll« im Herbst und der dritte Abschnitt »soll« im nächsten Jahre. Also nicht in drei Stunden, sondern in 18 Monaten zum Ostseestrand. Und das nennen sie »fertig! Auf Soll-Triumphen dieser Art basiert das ganze Dritte Reich.

den auch Zeitungen von Tisch zu Tisch erreicht. Alles geschah schweigend wie in einer Taubstummschule. Die ausländischen Blätter waren entschieden in der Mehrzahl, aber man sah gerade soviel gleichgeschaltete und parteiamtliche Organe, daß der Eindruck neutralisiert wurde. Nicht sehr sprachkundige Gäste arbeiteten unterm Tisch mit Wörterbüchern, verstohlen, als wächten die Augen eines pedantischen Oberlehrers über die Klasse.

Pötzlich krachte von der Garderobe her lautes Gestampf — der typische rauhe Marschtritt des braunen Klingels. Aber der da mit energischem Ruck die Tür aufriß, war kein Uniformierter, sondern ein Zivilist. Und doch kein Zivilist. Sicher merke er selbst nicht, daß er sich mit jeder Bewegung verriet, daß seine knallenden Absätze die Stille wie Gewehrfeuer durchbrachen. Mit einem schnarrenden »Gestatt!« setzte er sich an einen Tisch zu den schweigenden Lesern. Irrte ich mich oder ging über viele Gesichter ein schadenfrohes Griesen? Nein, das war kein Irrtum! Die Stühle rund um den neuen Gast leerten sich auffallend schnell, und bald saß er auf einer einsamen Insel. Seine Augen spülten nach jedem von Hand zu Hand wandernden Zeitungsblatt wie Habichtaugen einer ersehnten Beute. Er schien auch jetzt noch zu glauben, daß sein Benehmen völlig unauffällig sei, räkelte sich scheinbar unbefangen auf seinem Sitz, rieb sich an der Stuhllehne und schlug die Beine mit Schwung übereinander. Nun war das Griesen ringsum schon zum reinsten Verschwörerhoch ausgeartet.

Da begriff ich endlich ganz, was hier los

Selbstmörder sind Drückeberger

nach wird bestraft, wer sich vorsätzlich durch Selbstverstümmelung oder auf andere Weise zur Erfüllung der Wehrpflicht untauglich macht oder durch einen anderen untauglich macht läßt... Der Versuch ist strafbar. An sich erwähnt § 142 nur die Wehrpflicht. Gemäß § 2 StGB muß jedoch § 142 StGB im Wege der Strafrechtsanalogie auch bei Entziehung der Arbeitsdienstpflicht angewandt werden. Die Selbstverstümmelung ist ein Vergehen wider die öffentliche Ordnung.«

Und der Selbstmord ist auch ein Vergehen wider die öffentliche Ordnung, eine Abart des groben Unfugs. In dem zitierten Aufsatz heißt es weiter:

»Daß jeder mit seinem Körper oder Leben nach Belieben verfahren kann, ist liberales Gedankengut.«

Nein — Gedankengut ist das überhaupt nicht, sondern heiler Blödsinn. Wenn die willkürliche Schädigung des eigenen Körpers, die Selbstverstümmelung, vor dem Anbruch des Dritten Reiches straffrei gewesen wäre, so hätte die »Deutsche Juristenzeitung« den bewußten § 142 aus dem alten, »liberalen« Strafgesetzbuch gänzlich tilieren können. Den Selbstmord unter Strafe zu stellen, ist freilich ein ander Ding, und Hitlers totaler Staat, der mit Körper und Leben seiner Untertanen nach Belieben und Willkür verfährt, der den Beherrschten jedes Mitbestimmungsrecht über sich selbst abspricht, hat wahrlich kein Recht dazu, von den Unterdrückten auch noch Lebenslust zu verlangen. Wie steht es denn mit den sogenannten Selbstmorden in Gefängnissen und Konzentrationslagern? Hier ist es angeblich gerade die bedrohte »öffentliche Ordnung«, die das strafbare Delikt gebieterisch erheischt. Der Häftling stirbt nicht, er wird gestorben,

der Strick wird ihm in die Zelle gehängt, und wehe ihm, wenn er keinen Gebrauch davon macht. Der Selbstmord ist verboten, aber — wer a Selbstmörder ist, das bestimmt die

Wie dem auch sei: nachdem die Begründung einmal gefunden ist, dürfte das Gesetz nicht lange auf sich warten lassen. Es ist also damit zu rechnen, daß in der nächsten Zeit der Selbstmord zum strafbaren Delikt erklärt wird, weil er einen Versuch darstellt, sich irgendeiner Staatsbürgerpflicht, etwa der Wehrpflicht oder der Arbeitsdienstpflicht oder der Luftschutz- oder der Steuer- oder der Fortpflanzungspflicht zu entziehen. Auch die Nürnberger Gesetze wären in diesem Falle zu ergänzen, denn der Selbstmord eines Juden ist insofern doppelt strafbar, als er in der staatsfeindlichen Absicht begangen zu werden pflegt, die deutsche Öffentlichkeit um ein Objekt des Volkswornes zu betrügen. Also: Verweigerung der Wehrleistungspflicht.

Das Gesetz wird kommen. Aber es wird seine Wirkung verfehlen, wenn nicht neben dem Selbstmord einige andre Unarten der widerspenstigen Staatsbürger verboten werden. Die Unart zu hungern, die Unart zu frieren und vor allem die Unart, in der Stille der Diktatur aller Menschenrechte bar, an Atemnot zu leiden. Georg Christoph Lichtenberg schrieb einmal:

»Ein Philosoph auf der Insel Zazu hatte die Frage aufgeworfen: wenn sich ein Mensch in einen Ochsen verwandeln könnte, ob das als ein Selbstmord anzusehen und der Ochse straffällig wäre?

Im Dritten Reich wäre er nicht straffällig, denn ein Ochse ist im Frieden nützlich und im Kriege sehr verwendbar, auch wird die untertänige Bereitwilligkeit, als Ochse zu leben, von keinem Diktator so übel vermerkt wie der Wunsch, als Mensch zu sterben.

Streidners

Erziehungsrüchchen

Die rheinische Presse berichtet:

»Zwei junge Burschen im Alter von 19, bezw. 20 Jahren hatten sich vor dem Kölner Sondergericht wegen Betrugs, Amtsanmaßung, Erpressung, Diebstahl, Freiheitsberaubung und Unterschlagung zu verantworten. Von Juni bis zum August des vergangenen Jahres waren die beiden, teils in Gemeinschaft mit anderen Jugendlichen — die sich demnächst vor dem Jugendgericht zu verantworten haben — bei nichtarischen Geschäftsleuten erschienen und hatten diesen unter der Vorspiegelung, für sie einen Art Hauschutz einzurichten, der für politisch anständige Nichtarier vom Verlag des »Stürmer« organisiert sei, größere Geldbeträge abgeschwindelt... Den beiden waren ihre Manöver dadurch auch noch erleichtert worden, daß sie eine Zeitung den »Stürmer« verkauft hatten. Bei ihrem Vorgehen gegen die nichtarischen Geschäftsleute scheuten sich die beiden Angeklagten auch nicht, eine Erpressung zu begehen, eine Freiheitsberaubung vorzunehmen und sogar zu stellen... Das Urteil erging gegen den jüngeren Angeklagten mit einem Jahr und ge-

gen den geistigen Urheber mit einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis.«

Gegen den geistigen Urheber? Der heißt Julius Streicher, bekleidet eine Menge hoher Ehrenposten, ist der Intimate Freund des Führers und läuft heute noch frei herum.

Erbhofbauer Ley

Eine amtliche Meldung aus dem Dritten Reich lautet:

»Durch den Ankauf des Gutes Rottland ist Reichsorganisationsleiter Dr. Robert Ley Bauer in der Gemeinde Waldbröl geworden.«

Das Erbhofgesetz besagt:

»Nur der Eigentümer eines Erbhofes heißt Bauer. Der Eigentümer oder Besitzer anderer land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundeigentums heißt »Landwirt«.

Da der Ley sich »Bauer« nennen darf, hat er sich wohl vom Golde der Arbeitsfront gleich ein paar bäuerliche Ahnen mit gekauft?

Nordische Klage

Im Februarheft der »Neuen Literatur« klagt ein hakenkruzlerischer Nordlandreisender:

»Während meines letzten Urlaubes war ich in Island und Norwegen und konnte so eine alte Sehnsucht erfüllen. Ich hatte mir vorgenommen, überall in den Städten, wo es Buchläden gab, nach deutschen Büchern zu suchen. Reykjavik, die Universitätsstadt, mußte auch etwas vom deutschen Schrifttum zeigen; so dachte ich mir wenigstens. Das Ergebnis war tröstlos. Ich habe gesucht und gefragt, aber von wirklich deutschem Schrifttum der Gegenwart nichts gefunden. Und das andere, was den guten Isländern als deutsche Dichtung vorgesetzt wird? Es ist überall das gleiche Elend. Da lagen die neuesten Schriften von Feuchtwanger, Arnold Zweig, Döblin, die Sammlung von Kesten, Georg Bernhard, Toller — deutsch und dänisch. Bis an die nördlichste Grenze des Germanentums ist die jüdische Literatursuche gekommen. Das Herz kann einem bluten, wenn man es mit eigenen Augen sieht. Und fragt man die Ladeninhaber nach deutschen Dichtern, so wissen sie nichts. Ich habe mir aus dem Schiff vorgenommen, an die Buchhandlungen lange Listen von guten deutschen Dichtern mit ihren Werken zu senden... Hier, meine ich, hätten die deutschen Konsulate auch eine Kulturaufgabe.«

Sein blutendes Herz weiß zu wenig; die deutschen Konsulate leisten ja schon an brauner Propaganda, was sich andere Länder irgendwie gefallen lassen, und Schmiergelder laufen auch genug um. Aber das echtste, nördlichste Germanentum ist allem »Blutinstinkt« zum Trotz derart demokratisch und sozialdemokratisch verwehrt, daß Jöhst und Konsorten auch dort einen Dreck gelten.

Emigrantencafé

Man schreibt uns aus Mitteldeutschland: Kürzlich besuchte ich einen Freund in L. Wir hatten uns lange nicht gesehen, und es gab mancherlei zu berichten. Was man einander im Dritten Reich so zu berichten hat: Hier ein Kamerad verhaftet, dort einer über die Grenze geflüchtet, hier eine von Mund zu Mund geflüsterte Korruptionsaffäre der braunen Regierer, dort ein Justizskandal, über den die Zeitungen nichts schreiben dürfen. Nachdem wir uns hinter verschlossenen Türen und Fenstern ausgesprochen hatten, fragte mein Gastgeber: »Gehst du mit ins Emigrantencafé?« Emigrantencafé? Ich dachte an irgend eines jener Lokale in Paris oder Prag, wo der von Göbbels oft beschimpfte »Auswurf« verkehrt und wo eifrig, manchmal übereifrig debattiert, gemutmaßt, prophezeit wird. Aber mein Freund nannte den Namen eines Kaffeehauses mitten in seiner Heimatstadt und versicherte mir, dies sei das heimliche Emigrantencafé, es werde von den eingeweihten Stammgästen auch niemals anders genannt. Warum? Das würde ich selbst sehen.

Und ich sah es selbst. Nachdem wir uns gesetzt hatten, brachte der Ober ohne zu fragen einige französische und englische Blätter an unseren Tisch. Wir verschanzten uns dahinter, lasen und tranken schweigend. Ich sah mich verstohlen um. Obgleich der ganze, nicht eben kleine Raum voller Menschen saß, hörte man nirgends auch nur das leiseste Wort. Und doch schienen viele Anwesende einander zu kennen. Wer aufstand, nickte dem oder jenem zu, hier und da wur-

Wechselnde Wahlparolen

Politische Abstimmung? Nicht — doch!

Als Auftakt zu den Vertrauensratswahlen hatte die Deutsche Arbeitsfront am 7. Januar 1936 die politische Parole: »Stellung für oder gegen den Führer« ausgegeben. Es konnte den Göbbels, Ley und Genossen aber nicht lange verborgen bleiben, daß die sozialistisch und gewerkschaftlich geschulten Arbeitermassen bereit sein würden, am 3. April wirklich und deutlich politisch abzustimmen. Die Angst vor einem schlechten Wahlergebnis ließ es geboten erscheinen, lieber einzelne Betriebsniederlagen zu erleiden, als eine große politische Schlappe des Führers. Also ließ die DAF vier Wochen später, am 11. Februar durch ihre Reichsschulungsleiter erklären: »Die Vertrauensratswahlen sind keine politischen Wahlen.« Es ist nicht so, daß die Gefolgschaft eines Betriebes, die mit Nein stimmt, nicht nationalsozialistisch ist.

Das Urteil sei vielmehr so zu werten, daß die Gefolgschaftsmitglieder mit einer schlechten Betriebsführung nicht einverstanden sind. Da aber die faschistische Reichsführung und der Betriebsabsolutismus im Dritten Reich schwer voneinander zu trennen sind, so wäre bei dieser Auslegung der »Neinsager« eine zu große Zahl »schlechter Betriebsführungen« herausgekommen. Das ging auch nicht. Denn man müsse bedenken, »daß am Ende diese Welt den Grad des Vertrauens, der Liebe und der Dankbarkeit im Volke zum Führer und damit die Stärke des Reiches daran mißt, wie die Männer vom Schraubstock und vom Dampfkessel, vom Bagger und vom Bau in den ersten Frühlingstagen wählen werden.«

Das Verlangen, bei dieser »Wahl« den Grund des Vertrauens zum Führer oder zum Betriebsführer zu messen, wurde somit nach vierwöchentlicher Dauer ebenfalls wieder fallen gelassen. Jetzt gibt das »Arbeiterturn« vom 1. März die dritte Parole bekannt:

»Die Vertrauensratswahlen sind der Wertmesser für die vom einzelnen Vertrauensrat geleistete Arbeit.« Ob diese Auswahl an Vertrauensvoten schon beendet ist, läßt sich erst mit dem Erscheinen der nächsten Ausgabe des »Arbeiterturn« feststellen, die zu diesem Zweck den 1. April als Tag ihrer Verkündungen aussuchen wird. Vorläufig wäre es noch der Vertrauensrat, dessen Leistungen durch die Wähler belohnt werden sollen. Das »Arbeiterturn« bemüht sich nun in fünf Spalten von den Wandlungen Deutschlands und dem »uneigennütigen Dienen« der Betriebsführer an der Volksgemeinschaft zu erzählen. Ueber die von den Vertrauensräten »geleistete Arbeit« ist freilich kein Wort zu finden. Es muß den Arbeitern und Angestellten genügen zu »wissen«, daß diese Vertrauensräte eine Lebensäußerung des Volkes sind, wie sie nur der Nationalsozialismus auszulösen vermocht hat. Ley entdeckt plötzlich, nachdem er sich vor einem Jahr dem kapitalistischen Exponenten Schacht demütig unterworfen hat, daß die »antikapitalistische Sehnsucht« aus der Jugendzeit der Nazis noch vorhanden ist.

»Die nur kapitalistischen Einzelinteressen dienende Wirtschaft mit ihrer rein materiellen Wirtschaftsverfassung konnte sich den vom Nationalsozialismus geforderten Gemeinschaftsinteressen nicht unterordnen...«

Erst das Dritte Reich hat in den Herzen und Hirnen der Großkapitalisten die notwendige nationalsozialistische Auflockerung gebracht. Zwar wußte man,

»daß sich diese völlige Umwandlung des Denkens und Handelns nicht entscheidend im bürokratischen und verwaltungstechnischen Behördendienst auswirkte...«

aber die Arbeiter der Faust, die »am meisten Grund gehabt hätten«, sich passiv zu verhalten.

»dieser schaffende, werktätige und anständige Mensch brachte das auf, was die Grundlage für alle Arbeit im Dritten Reich ist, das Vertrauen zum Führer Adolf Hitler, somit zur Partei und zum Staat.«

Wenn dieser Irrtum über die Meinung der deutschen Arbeiterklasse nicht fortwuchern soll, so wird es doch wieder notwendig sein, am 3. April politisch abzustimmen. Der faustdicke Schein wird erst in seiner Größe sichtbar, wenn man liest, worauf das angebliche Vertrauen der Arbeiter zur braunen Neuordnung beruhen soll:

»Die DAF, ihre Erziehungsarbeit im Zusammenhang mit der Gesetzgebung vom 10. Januar 1934, der historische Tag der Proklamierung des Gesetzes der nationalen Arbeit konnte die Umstellung des Arbeits- und Betriebslebens auf eine gerechte Grundlage vornehmen.«

Die »Begeisterung der Gefolgschaften« für die Neuordnung wird damit begründet, daß der Betriebsführer nach dem Arbeitsgesetz

Fürsorge- und Führerpflichten für seine Leute hat, »wie der Offizier für seine Soldaten.«

Der Kapitalist im Dritten Reich hat aufgehört, nur »Wirtschaftsperson zu sein«. Rentabilität, Jahresumsatz und Gewinn sind belanglos geworden. Der Unternehmer in Hitler-Deutschland will vielmehr nur noch Menschen führen und die Spitze der betrieblichen Einheit sein. Das alles sollen die »Wähler« am 3. April bejahen.

»Der Arbeiter will rein gefühlsmäßig erfassen, daß der Betriebsführer wirklich der beste Mann im Betriebe ist.« Soweit Betriebsführer noch »in alte klassenmäßige Fehler verfallen sollten, setzt der Betriebszellenobmann als erste Instanz der sozialen Selbstverantwortung ein. Als zweite Instanz folgt der Vertrauensrat, der allein berufen ist, »die wahre Betriebsgemeinschaft zu schaffen.«

»Der Vertrauensrat soll die Atmosphäre einer echten Volks- und Leistungsgemeinschaft in seinem Betriebe erzeugen.«

Die braune Betriebswanze

So was sollen die Arbeiter bei den Vertrauensratswahlen mitmachen!

Zwischen der Auffassung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften einerseits und der der Kommunisten andererseits über die vom sozialistischen Standpunkt richtige Parole und Taktik bei der kommenden Vertrauensratswahlen im Dritten Reich am 3. und 4. April bestehen, ähnlich wie im Vorjahre, wesentliche Gegensätze. Unsere Parole ist das kategorische Nein der Arbeiterschaft gegenüber dieser Farce von wirklicher Betriebsvertretung durch Abgabe von Protest- und ungültigen Stimmen. Demgegenüber möchten die Kommunisten gewissermaßen das System bei dieser Gelegenheit gern von hinten erdolchen. Sie glauben nicht nur, daß es möglich, sondern daß es auch politisch zweckmäßig sei, sich bei dieser afterdemokratischen Prozedur »positive« einzustellen, praktisch also zu versuchen, die oder jene Vertrauensperson mit auf die offizielle Naziliste zu schmuggeln und so die direkte Einwirkungsmöglichkeit auf die Belegschaft sich zu erhalten.

Von wie naiv-falschen Vorstellungen dabei die »Radikalen« des Klassenkampfes ausgehen, wenn sie meinen, gewissermaßen hinterherum hier etwas für die Arbeiterschaft »herauszuholen« zu können, bestätigt ihnen — wenn gewiß auch höchst unfreiwillig — ein streng gleichgeschaltetes Blatt im Dritten Reich, die letzte Nummer Nr. 7, Jahrgang 1936) der »Sozialen Praxis«, die sich immerhin einen verschämten dünnen Rest wissenschaftlich-sozialen Anstands- und Schamgefühl erhalten hat und nun sogar die Gewerbeaufsichtsbeamten Deutschlands — sicherlich nicht einer von ihnen mehr ein »Klassenkämpfer«, aber als Beamte doch noch immer zu einer gewissen Objektivität und Unbestechlichkeit angehalten — bemüht, um klarzustellen, was da an Charakterlosigkeit und zynischem Kameradenbetrug im System (der »Vertrauensleute« nämlich) zum Prinzip erhoben worden ist! Diese Gewerbeaufsichtsbeamten Deutschlands haben von früher her einen Jahresbericht dem Reichsarbeitsministerium vorzulegen. Das ist auch jetzt geschehen und die »Soziale Praxis« zitiert und kommentiert nun in ihrer letzten Ausgabe diese gesammelten Erfahrungen und Beobachtungen, die — wie gesagt — »objektive« Beamte in den Betrieben Hitlerdeutschlands im letzten Jahr auch hinsichtlich der »Vertrauensleute« gemacht haben.

Zunächst erfährt man da, daß zum Beispiel in Thüringen über zehn Prozent der größeren Betriebe, für die die Einrichtung der »Vertrauensleute« gesetzlich vorgeschrieben ist, in Wirklichkeit gar keinen Vertrauensrat bisher kennen: 222 Betriebe von 2208 kontrollierten! Man erkenne daraus, wie »wichtig« die Arbeiterschaft selbst es nimmt, im »Vertrauensrat« vertreten zu sein, wenn sogar der gesetzliche Zwang nicht stark genug ist, an die Angelegenheit die Leute überhaupt heranzubringen; im Dritten Reich will das wirklich etwas heißen! Vor allem muß man aber den Bericht der Gewerbeaufsicht aus Württemberg sich recht zu Gemüte führen, um zu erkennen, was in Wirklichkeit ein vom nationalsozialistischen System geduldet und genehmigter »Vertrauensmann« praktisch für die Arbeiterschaft ist. Da heißt es wörtlich:

Die Verleumdung der Arbeiterschaft, Lohnabbau, verlängerte Arbeitszeit, Entrechtung, Teuerung und wachsende Arbeitslosigkeit haben sich mit Hilfe dieser Vertrauensräte vollziehen können. Es ist nur billig, wenn die Gefolgschaften bei der Abstimmung über diese Vertrauensräte die von ihnen selbst geschaffene Volks- und Leidensgemeinschaft einheitlich und geschlossen in die Erscheinung tritt. Die bisher — drei an der Zahl — erlassenen Wahlparolen dürften den Arbeitern keine besonderen Kopfschmerzen verursachen. Denn ob dem Führer Adolf Hitler, dem kapitalistischen Betriebsführer oder dem Unternehmerknecht-Vertrauensrat das Vertrauen votiert werden soll, läßt sich un schwer in einer Abstimmung vereinigen, sie genießen alle das gleiche Maß von Mißtrauen. Der Wähler, der die Liste der Vertrauensräte ungültig macht, bekundet damit gleichzeitig seine Dankbarkeit zum Betriebsführer und seine Liebe zu Adolf Hitler.

»Oft konnte bei ihnen den »Vertrauensleuten«, noch die Furcht vor einer späteren Maßregelung für ein offenes Eintreten für die Belange der Belegschaft bemerkt werden.«

An einer anderen Stelle heißt es gar, daß »die Vertrauensmänner in der Frage der Arbeitszeit in falsch verstandenem Sinne die Belange des Betriebes mehr verteidigten, als es nach Lage der Sache richtig war.«

Womit also der hitlerfromme Gewerbeaufsichtsinspektor, der dies wahrheitsgemäß rapportiert, geradezu mehr soziales Verständnis an den Tag legt, als die Kommunisten, die sich da eine Gelegenheit, nach ihrer Art zu »kämpfen«, nicht entgehen lassen möchten.

Aufschlußreich gerade im Hinblick auf jene bevorstehende Vertrauensratswahl ist aber auch das soziale Gesamtgemälde, das dieser württembergische Gewerbeaufsichtsbericht von seinen Betriebsbefragungen aus entwirft und die berühmte »Abschaffung des Marxismus« im Dritten Reich in einer unfreiwillig, aber auch wahrhaft grimmig-ironischen Weise abtut. Da heißt es nämlich:

»Als zusammenfassendes Ergebnis ist somit festzustellen, daß die früheren schärferen Gegensätze zwischen Unternehmer und Gefolgschaft einer, wenn auch teilweise nur äußeren (!) harmonischen Zusammenarbeit gewichen sind. Daß bei diesem Urteil von Personen abgesehen werden muß, die ihre Einstellung nie ändern (!!!), ist selbstverständlich. Man darf allgemein gesprochen, darüber nicht im Zweifel sein, daß manchmal nur Zweckmäßigkeitsgründe die innere Ueberzeugung überdecken. Aber auch das ist als Gewinn zu buchen, wenn, auch unter Zwang (!!!) die Gegensätze ihre Schärfe verloren haben.«

In besserem Deutsch übersetzt heißt das, daß der Herr Inspektor sich aus seinen ureigensten Erfahrungen davon überzeugt hat, daß sein hoher Chef, der »Führer« und Reichskanzler, der Welt und sich selbst arg blauen Dunst vormacht, wenn er immer wieder prahlt, er habe den »Marxismus« ausgerottet. Nur eben unter Druck, wie sich der biedere Gewährsmann ausdrückt, hat sich höchstens recht äußerlich ein wenig an der sozialen Kruste geändert: sonst aber gar nichts! Der deutsche Betriebsarbeiter hält weiter seine geistige und moralische Position und er wartet nur der Stunde, in der er den »Zwang« endlich abschütteln kann. Aber ist das schon das wahre Gesicht des sozialen Deutschlands im Dritten Reich — warum hätte es eine Arbeiterschaft, die so fest zu ihrer früheren gewerkschaftlichen und sozialistischen Sache steht, nötig, sich auf höchst impotente Experimente einzulassen und damit zu helfen, daß zugeleitet und verwischt wird, dessen Auseinanderklaffen selbst der gleichgeschaltete Beamte mit so deutlichen Worten feststellt?! F. E. R.

Ley wird abgekanzelt

Bei den Bemühungen, die Daseinsberechtigung der Deutschen Arbeitsfront vor den Arbeitern und Angestellten, die für sie hohe Beiträge entrichten müssen, nachzuweisen, verfällt der Reichsorganisationsleiter Ley von Zeit zu Zeit darauf, von neuen Plänen und neuen Aufgaben zu reden. Insofern es sich dabei um Versprechungen für die Arbeiter

handelt, ist von ihnen in der folgenden Zeit mit keinem Wort mehr die Rede. Es bedarf gar nicht erst des Widerspruchs der Kapitalisten, um zu beweisen, daß es sich bei Leys großspurigen Ankündigungen nur um Bluffs handelt. Er ist dafür nachgerade bekannt.

Wie übrigens die Industriekapitäne den Führer der Arbeitsfront öffentlich abkanzeln, das war aus einem Artikel im »Deutschen Volkswirt« zu ersehen. Ley hatte in einer Rede und danach auch in Artikeln von der notwendigen Schulung der Arbeiter gesprochen. Die Zeitschrift der Industriellen, die schon lange die Nase voll hat von den überflüssigen Plänen und den massenhaften Kursen, die über alle möglichen und unmöglichen Themen abgehalten werden, bemerkt dazu gereizt:

»Falsch wäre der Gedanke, man könne auf dem wirtschaftlichen Gebiet das Fehlende durch intensives Schulen in kürzester Zeit beschaffen. Vor allem: wer schulen will, muß erheblich mehr wissen und können als der zu Schulende. Sonst blamiert er sich nicht nur, sondern diskreditiert auch zu Unrecht die Arbeitgeber, in deren Auftrag er schult.«

Damit wird dem Ley ganz offen dokumentiert, daß er weniger weiß und kann, als diejenigen, die zu schulen er für notwendig hält.

Totgewirtschaftet

Der Konsumverein »Vorwärts« in Dresden ist »fertig« — trotz der Bestrebungen, die Konsumgenossenschaften entgegen früheren Plänen als großen Verteilungsapparat für die deutsche »Wehrwirtschaft« zu erhalten. Sämtlichen Angestellten und Arbeitern ist gekündigt worden. Von den »gutgeschriebenen« Dividenden von 1934 und von den Dividenden 1935 ist überhaupt keine Rede. Ein Geschäftsbericht ist nicht erstattet worden. Sparguthaben sind bis 15. Dezember 1935 in Teilbeträgen bis zu 10 Mark ausbezahlt worden, seitdem überhaupt nicht mehr. Die Liquidation soll bis 1940 laufen. In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß am Tage des sächsischen SA-Gautreffens in Dresden — das war derselbe Tag, an dem auch das deutsch-tschechische Fußball-Länderspiel in Dresden stattfand — der Konsumverein »Vorwärts« an die SA 10.000 Semmeln unentgeltlich abgeben mußte — eine letzte Schröpfung der schon sterbenden Genossenschaft, einstmal eine der größten in Deutschland.

Der Beweis

Auf der Tagung der Berliner Hitler-Jugend in Wilmersdorf sagte Baldu von Schirach laut offiziellem Bericht:

»Man habe früher geglaubt, daß man durch Wissen den Charakter bilden könne. Die nationalsozialistische Bewegung sei jedoch der lebendige Gegenbeweis für diese Auffassung.« Stimmt!

Erteilungshalber

sind in St. Joachimsthal (Böhmen) zirka 33.000 qm Baugrundstücke gegen eine Besetzung im Deutschen Reich zu vertauschen. Wert des Objektes zirka 450.000 Kc. Näheres durch Herrn Dr. Sigmund Rothberger, Rechtsanwalt in St. Joachimsthal (Böhmen).

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »G r a p h i a«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belga 0.48 (5.90), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Fra. 1.50 (18.—), Großbritannien £ 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Fra. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Fra. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 196.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.095. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.